

# kompakt

Technik sinnvoll nutzen

## Bringen wir die STOA-Studie zu 5G in den Bundestag!



### NEUES VON DIAGNOSE:FUNK >

Unsere STOA-Kampagne:  
Alle können mitmachen!

### INITIATIVEN UND AKTIVITÄTEN >

Interview: Europaweite  
Unterschriftensammlung EBI  
Start am 1. März

### MOBILFUNKAUSBAU UND STRAHLENBELASTUNG >

LTE + 5G, echte Messungen

### AUS DER FORSCHUNG >

Interview mit Prof. Karl Hecht  
„... das Wahre wiederholen!“

SEITE 03

**VORWORT >**

Infokampagne zur  
STOA-Studie

SEITE 04

**NEUES VON DIAGNOSE:FUNK >**

Webinare gehen weiter

SEITE 05

Mutmacher für 2022

SEITE 06

Brennpunkt STOA-Studie

SEITE 07

Unsere STOA-Kampagne

SEITE 08

diagnose:funk Webseite neu!

SEITE 10

**INITIATIVEN UND AKTIVITÄTEN >**

Mobilfunkkonzept Siegsdorf

SEITE 12

Interview mit der BI SalemFunk

SEITE 15

Interview: Europaweite  
Unterschriftensammlung EBI startet

SEITE 17

Kirche: Von WLAN zu LAN

SEITE 18

**MOBILFUNK UND POLITIK >**

Interview mit Stadtrat Manfred  
Hofmeister, Bad Reichenhall

SEITE 20

Industrie: „Erst bauen, dann genehmigen!“

SEITE 21

B. Budzinski: Schwarzbauer?

SEITE 22

Brennpunkt: Lobby der  
Telekommunikationsindustrie

SEITE 24

diagnose:funk Buchgeschenk  
ans Ministerium

SEITE 26

WFC: Digitalisierung ist ein  
Klimakiller

SEITE 27

**MOBILFUNKAUSBAU UND  
STRAHLENBELASTUNG >**

5G-Sinkende Belastung?

SEITE 28

Schweiz: Jede fünfte strahlt zu stark

SEITE 29

Grenzwerte: ist die Schweiz ein  
Rechtsstaat?

SEITE 31

Bayern WLAN in Straßenlaternen

SEITE 32

TETRA Sender werden umgewandelt

SEITE 32

Das neue 450 MHz-Netz

SEITE 33

**AUS DER FORSCHUNG >**

ElektrosmogReport 4-2021

SEITE 34

Interview mit Prof. Karl Hecht

SEITE 37

**KINDER UND DIGITALE MEDIEN >**

Medienratgeber-eine Erfolgsgeschichte

SEITE 38

**BUCHEMPFEHLUNGEN >**

**UNTERSTÜTZEN SIE DIE ARBEIT  
VON DIAGNOSE:FUNK**

diagnose:funk ist als gemeinnützig  
anerkannt und setzt sich für Umwelt  
und Verbraucher zum Schutz vor elek-  
tromagnetischer Strahlung ein. Ihre  
Zuwendungsbestätigung senden wir  
Ihnen im Februar des Folgejahres zu.  
Bitte geben Sie hierfür Ihre Adresse  
bei der Überweisung an.

Spendenkonto

Diagnose-Funk e.V.

IBAN: DE39 4306 0967 7027 7638 00

GLS Bank

BIC: GENODEM1GLS

Sie benötigen Beratung?

Sollten Sie Hilfe benötigen oder Fragen  
zu Spenden oder Förderung haben,  
können Sie sich direkt an uns wenden:

Tel: +49 (0)69 36 70 42 03

Email: info@diagnose-funk.de

Impressum

Diagnose-Funk e.V.

Postfach 15 04 48

D-70076 Stuttgart

kontakt@diagnose-funk.de

Diagnose-Funk Schweiz

Heinrichsgasse 20, CH 4055 Basel

kontakt@diagnose-funk.ch

Bildnachweise

Siehe Nachweis beim Bild.

Sonstige Bilder: diagnose:funk

Grafiken/Satz: Benedikt Adler

Bestelladresse (DE + Int.)

Email: bestellung@diagnose-funk.de

Fax: +49 (0)69 36 70 42 06

www.shop.diagnose-funk.org

Diagnose-Funk Versand D + Int.

Palleskestraße 30

D-65929 Frankfurt

Auflage: 3.000 Stück

4x jährlich | EPr.: 3,00 EUR

## Vorwort

# Infokampagne zur STOA-Studie - machen auch Sie mit!



Jörn Gutbier, 1. Vorsitzender  
diagnose:funk

Liebe Leserinnen und Leser, liebe diagnose:funk Mitglieder und Förderer,

„Papier ist geduldig!“, wäre das nicht so, so müsste die nahezu 200-seitige Studie des Technikfolgenausschusses des EU-Parlaments STOA zu Parlamentsdebatten und zu einer sofortigen Strahlenschutzpolitik führen. Denn sie weist nach, dass Mobilfunkstrahlung Krebs und Fruchtbarkeitsstörungen auslösen kann und dass 5G ein Feldversuch ist. Deshalb wird in der Studie ein 5G-Ausbaustopp empfohlen. Eigentlich wäre es eine Selbstverständlichkeit, dass die Politik regulierend eingreift, zumal bei einer Technologie, die nahezu jeder nutzt. Doch die STOA-Studie wird ignoriert, denn sie entzaubert den Digitalisierungshype an einer wichtigen Stelle, der Gesundheit, und würde den schrankenlosen Milliarden-Umsatz verderben. Die Industrie verlangt das Gegenteil von Regulierung, die vollkommene Genehmigungsfreiheit für den Ausbau der mobilen Infrastruktur, so Telefonica-Chef Haas in einem Interview.

**Also müssen Sie und wir ran, zum Schutz der Bevölkerung.** Auf zwei Ebenen. diagnose:funk hat die STOA-Studie übersetzt und einen Brennpunkt mit einer Kurzzusammenfassung herausgegeben. Wir schlagen vor, dass Sie und wir in einer Informationskampagne die Bevölkerung und die Abgeordneten über diese Studie informie-

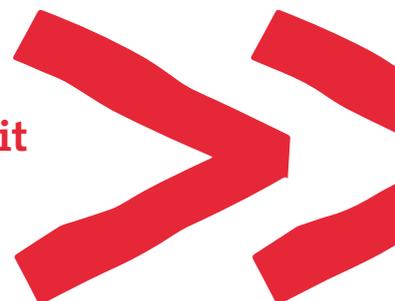
ren. Bei den Abgeordneten wird dies nicht einfach, denn sie werden von hunderten Lobbyisten bearbeitet, wie wir in einem zweiten neuen Brennpunkt analysieren. Aber vielleicht finden wir die noch nicht eingeseiften Politiker, die die Stärke und Klarheit der vorliegenden Argumente verstehen und es mit Gesundheitsschutz ernst meinen. Wie wir uns diese STOA-Kampagne vorstellen, und warum es auf Ihre Mitarbeit ankommt, das erfahren Sie in diesem kompakt.

Auf einer zweiten Ebene können wir über Fortschritte berichten. In immer mehr Kommunen werden Mobilfunkkonzepte beschlossen, um die Bevölkerung vor der Strahlenbelastung zu schützen. Auch in diesem kompakt haben wir dazu wieder Berichte.

Im März 2022 ist es endlich soweit: Unsere Homepage wurde in zweijähriger Arbeit neu aufgebaut. Sie hatte inzwischen mehrere tausend Einträge. Sie wurden nun so strukturiert, dass sie eine bessere Hilfe für die Arbeit vor Ort, aber auch zu einem komfortablen Recherchetool für Verbraucher, Aktivisten, Journalisten und Politiker wird. Nehmen Sie sich Zeit, die neue Homepage kennenzulernen: [www.diagnose-funk.org](http://www.diagnose-funk.org)

Herzliche Grüße,  
Ihr Jörn Gutbier, Vorsitzender diagnose:funk

**Jetzt Kenntnisse  
zu 5G und Gesundheit  
verbreiten.  
Mehr dazu Seite 07**



**Online Veranstaltungen 2022****diagnose:funk-Webinare:  
Staffel II**

Unsere Webinar-Reihe findet großes Interesse, je nach Thema konnten wir 100 bis zu 450 TeilnehmerInnen begrüßen. Die zweite Staffel wurde um das Format „diagnose-funk im Dialog“ ergänzt. Von allen Webinaren steht ein Videomitschnitt auf unserem YouTube-Kanal. Von März bis Juni 2022 stehen folgende Termine an:

**Neue Studienergebnisse: Die Bedeutung der STOA-Studie, des BERENIS-Reviews und der Forschungen von L. Salford zur Blut-Hirn-Schranke, Referent: Peter Hensinger**

Webinar Nr. 15 am Freitag, 11.03.2022, 19:30 bis 21:00 Uhr

**diagnose:funk im Dialog. Wir stellen uns Ihren Fragen zu Mobilfunkvorsorgekonzepten, zu kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten und zu Verbraucherfragen.**

Frage- und Antwortrunde am Freitag, 25.03.2022, ab 19:30 Uhr

**Eine Kindheit ohne Computer ist der beste Start ins digitale Zeitalter. Ein Paradoxon? Referentin: Dr. Michaela Glöckler**

Webinar Nr. 16 am Freitag, 08.04.2022, 19:30 bis 21:00 Uhr

**diagnose:funk im Dialog. Frage- und Antwortrunde**

Freitag, 29.04.2022, ab 19:30 Uhr

**Digitale Transformation aller Lebensbereiche: Klimakiller, perfektionierte Überwachung oder Schlüssel zur Nachhaltigkeit? Referent: Peter Hensinger**

Webinar Nr. 17 am Freitag, 13.05.2022, 19:30 bis 21:00 Uhr

**diagnose:funk im Dialog. Frage- und Antwortrunde**

Freitag, 27.05.2022, ab 19:30 Uhr

**Smart Home: Funk-Verbrauchszähler und Funk-Rauchwarnmelder. Referenten: Dr. Martin Virnich, Dipl.-Ing. Jörn Gutbier**

Webinar Nr. 18 am Freitag, 10.06.2022, 19:30 bis 21:00 Uhr

**diagnose:funk im Dialog. Frage- und Antwortrunde**

Freitag, 24.06.2022, ab 19:30 Uhr

**So können Sie uns erreichen****Sekretariat – Nadja Vollmer:**

0711-25 08 69-0

Mo-Fr, 9:30-12:30, 13:30-15:00 Uhr

sekretariat@diagnose-funk.de

**Presse – Matthias von Herrmann:**

0711-25 08 69-4

Mo-Fr, 9:30-13:00 Uhr

presse@diagnose-funk.de

**Vorstand Jörn Gutbier**

**und Peter Hensinger:**

069-36 70 42 03

Montag u. Dienstag 8:00-10:00 Uhr

Per Post: diagnose:funk, Postfach 15 04 48  
70076 Stuttgart

**Versand – Mirko Schneider:**

069-36 70 42 06

Mo-Fr, 13:00-15:00 Uhr

versand@diagnose-funk.de

diagnose:funk Versand

Palleskestraße 30

65929 Frankfurt

**Unsere Internetseiten:**

Hauptseite:

[www.diagnose-funk.org](http://www.diagnose-funk.org)

Forschungsdatenbank:

[www.emfdata.org](http://www.emfdata.org)

Elektrohypersensibilität:

[www.diagnose-ehs.org](http://www.diagnose-ehs.org)

Kinder und Medien:

[www.diagnose-media.org](http://www.diagnose-media.org)

Bundestagswahl 2021:

[www.digitales-wunderland.de](http://www.digitales-wunderland.de)

Mut macht uns, dass unsere Aktionsvorschläge Veränderungen bewirken

## Mutmacher für 2022

Es ist oft nicht einfach, bei der gegenwärtigen Übermacht der Konzerne am Ball zu bleiben. Mut macht uns, dass unsere Informationen und Aktionsvorschläge von vielen Bürgerinitiativen aufgegriffen werden, zu einem kritischen Bewusstsein beitragen und Veränderungen bewirken. Es gibt Schulen, die kein WLAN wollen und stattdessen verkabeln, Mobilfunkkonzepte werden beschlossen, und mancher hat sein Zuhause strahlungsfrei gemacht. Wir machen nicht nur Bürgerinitiativen Mut, sondern auch Menschen ganz persönlich. So bekamen wir zu Weihnachten diese zwei Schreiben.

### Ursula H., seit langem Mitglied und Elektrohypersensibel, schrieb uns:

„Ganz herzlichen Dank für Euer Dankeschreiben wegen der Spende, aber: Euch und dem gesamten Team gebührt der Dank für Eure engagierte, professionelle und beharrliche Arbeit, trotz aller Hindernisse und Widrigkeiten. Ihr alle sorgt dafür, dass ich den Mut nicht verliere, nicht die Hoffnung und mich nicht allein gelassen fühle. Dafür war die Spende noch zu wenig. Ich wünsche Euch und dem gesamten Team eine schöne Adventszeit, ein harmonisches Weihnachtsfest und für das kommende Jahr den besten Erfolg, und sehr viel Aufmerksamkeit. Herzlichste Grüße Ursula“

### Von einer Bürgerinitiative aus dem schwäbischen Wald bekamen wir diese Mail: Danke und gute Wünsche aus der funkarmen, lebenswerten Provinz

Sehr geehrter Herr Gutbier,

am 10. Dezember hatten wir unsere reguläre Gemeinderats-Jahresabschlussitzung mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil, und ich war schon sehr gespannt, wie der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung nun weiter vorgehen möchten.

Ich möchte Ihnen nochmal herzlich für alles danken, denn durch Ihre wertvolle Forschungs- und Infoarbeit besteht nun wirklich die reale Chance, unsere strahlungsarme Gemeinde als lebenswerten Wohn-, Arbeits- und Erholungsort für respektvolle und wert-

schätzende Menschen zu bewahren und dabei die Erfordernisse moderner Kommunikation miteinzubeziehen.

Selbst eingefleischte „Mobilfunk-Euphoriker“ hatten nun endlich einmal Gelegenheit, die Gesamt-Dimension des digitalen Mobilfunks zu erkennen, denn die meisten haben doch Kinder/Enkel und sind daher auch persönlich und langfristig betroffen.

Wurden wir Mitglieder der Bürgerinitiative bisher oft als „ewig-gestrig“ oder als „Hypochonder“ verunglimpft oder vorverurteilt, so bestand nun durch Ihren sachlichen und fundierten Vortrag endlich die Gelegenheit, sich über den Stand der Wissenschaft ausführlich und anschaulich zu informieren und sich selbst intensiv mit den Bedenken und Zukunftsaussichten zu konfrontieren und darüber nachzudenken. Bürgermeister B. würde sehr gerne mit Ihnen in Kontakt bleiben und hat die Absicht geäußert, sich telefonisch mit Ihnen zu besprechen. Die Erkenntnis ist da, dass wir wissenschaftliche Unterstützung benötigen, um Wildwuchs zu vermeiden und gute Lösungen zu finden.

Die Zeit-Dimension ist auch wichtig, da wir mit Anfragen von Betreibern rechnen müssen. Wie Sie in Ihrem Vortrag erwähnten, sind auch Formulierungen und juristische Fallstricke bei kommunalen Vorsorgekonzepten sehr wichtig, denn am Ende des Tages sind oft Details von großer Bedeutung, die gerne übersehen werden. Ich denke es wäre gut, wenn wir uns bei Tageslicht einmal die bestehenden Funktürme des Umlandes gemeinsam anschauen könnten: ... Mit Hilfe Ihrer Erfahrung und wissenschaftlichen Expertise sollten so schon im Vorfeld weitere Wege einer künftigen Strategie erkennbar werden, zum Wohle von S. und aller Menschen, die diese Gemeinde lebens- und liebenswert erhalten möchten.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie hier an der Problemlösung mitarbeiten und uns unterstützen würden. Einstweilen möchte ich mich nochmals herzlich bedanken und wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue Jahr Gesundheit, Glück und viel Freude.  
Herzliche Grüße R. H.



EU-Studie: Gesundheitliche Auswirkungen von 5G

# diagnose:funk publiziert deutsche Fassung der STOA-Studie und einen Brennpunkt

diagnose:funk veröffentlicht eine Zusammenfassung der STOA-Studie in einem Brennpunkt und die komplette Übersetzung der bisher weltweit wohl umfangreichsten Auswertung des Forschungsstandes zu den Auswirkungen der bisher angewandten Mobilfunkfrequenzen (GSM, UMTS, LTE) und zur neuen 5G-Technologie zu den Endpunkten Krebs und Fertilität.

Die Studie wurde im Auftrag der STOA (Panel for the Future of Science and Technology) erarbeitet. Das kompetente Autorenteam setzt sich aus Wissenschaftlern des Ramazzini-Institutes (Italien) zusammen, das führend auf diesem Gebiet ist. Studienleiterin war Fiorella Belpoggi. Die Ergebnisse des STOA-Berichtes lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- > In der Zusammenschau der Ergebnisse aus der Epidemiologie, in-vivo- und in-vitro-Studien liegen Nachweise aus Tierversuchen für ein krebsauslösendes Potenzial v. a. der bisher angewandten Mobilfunk-Frequenzbereiche von GSM, UMTS und LTE (Frequenzbereich FR1: 700 bis 3.800 MHz) vor, ebenso zu negativen Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit.
- > Zu 5G im höheren Frequenzbereich (FR2: 24,25 bis 52,6 GHz) liegen keine angemessenen Studien vor. Deswegen bezeichnet die Studie 5G als ein Experiment an der Bevölkerung.
- > Bei der Beurteilung müssen die nichtthermischen Auswirkungen berücksichtigt werden, was bisher nicht gemacht wurde. Dafür wird die ICNIRP (International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection) direkt kritisiert. Die Referenzwerte ihrer Richtlinien schützen nur vor thermischen Wirkungen.
- > Die Autoren der Studie fordern einen 5G-Ausbaustopp (für 5G im höheren Frequenzbereich, FR2: 24,25 bis 52,6 GHz), weitere Forschung über die hohen 5G-Frequenzen FR2, Aufklärung der Bevölkerung und den Schwerpunkt auf den Ausbau von Glasfasernetzen zu legen.

Das ist in zweierlei Hinsicht bedeutend: Die Wahrscheinlichkeit, dass die Strahlung der bisher angewandten Frequenzen (FR1: 450 bis 6000 MHz) krebsauslösend ist, die Fruchtbarkeit und insbesondere vulnerable Organismen schädigt, so der STOA-Bericht, wird durch neueste Forschungsergebnisse bestätigt. Wer behauptet, 5G (FR2: 24 bis 100 GHz) sei unbedenklich, gibt

Nichtwissen als Wissen aus. **Der Bericht schlägt deshalb als Konsequenzen vor:**

- > „7.1 Entscheidung für eine neue Technologie für Mobiltelefone, die eine Verringerung der HF-Belastung ermöglicht ...
- > 7.2 Überarbeitung der Expositionsgrenzwerte für die Öffentlichkeit und die Umwelt, um die HF-Exposition durch Mobilfunkmasten zu verringern ...
- > 7.3 Verabschiedung von Maßnahmen, die Anreize zur Verringerung der HF-EMF-Exposition schaffen ...
- > 7.4 Förderung multidisziplinärer wissenschaftlicher Forschung, um die langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen von 5G zu bewerten und eine geeignete Methode zur Überwachung der Exposition gegenüber 5G zu finden ...
- > 7.5 Förderung von Informationskampagnen über 5G“ (S. 152 ff)

Diesem STOA-Bericht gingen bereits zwei Untersuchungsberichte wissenschaftlicher Dienste des Europäischen Parlaments zu Gesundheit und 5G voraus, die in der Diskussion in Deutschland bisher nicht beachtet wurden.

➤ Mehr dazu auf [www.diagnose-funk.org/1789](http://www.diagnose-funk.org/1789)



Kurzfassung der STOA-Studie als Brennpunkt



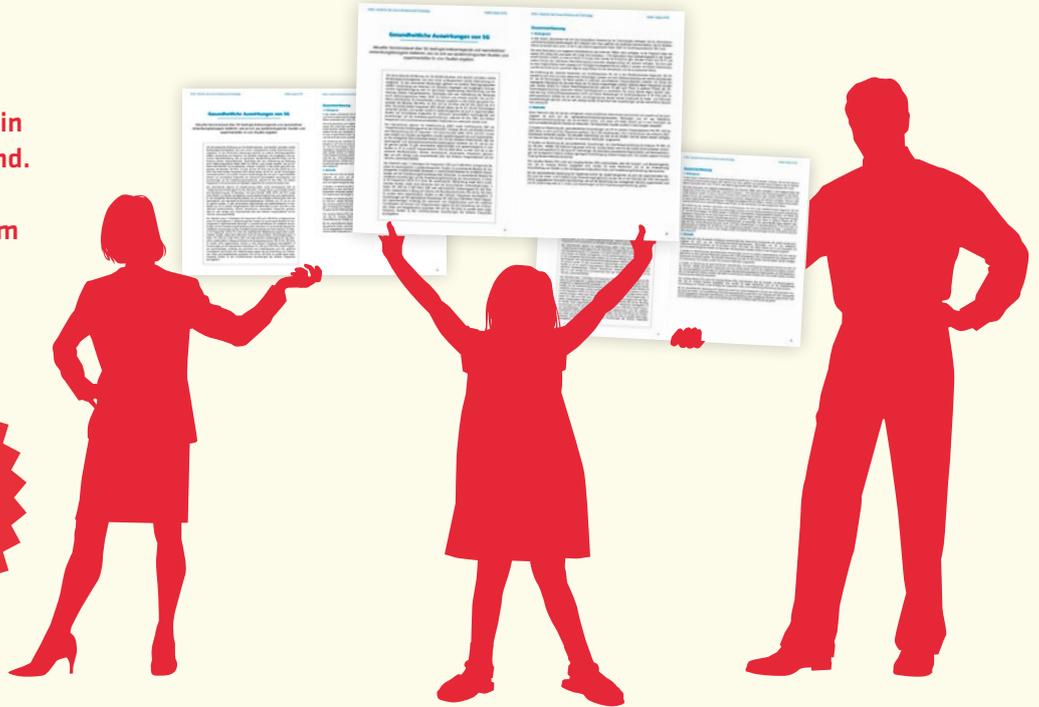
Die 200-seitige Studie, übersetzt von diagnose:funk

Bringen wir die STOA-Studie zu gesundheitlichen Auswirkungen von 5G in den Bundestag

## ➤ Unsere STOA-Kampagne – jeder kann mitmachen!

Mit der STOA-Studie haben wir ein Argumentationsfund in der Hand. Aber: Wie erreichen wir, dass Entscheidungsträger sich mit dem STOA-Bericht befassen?

Jetzt  
Kenntnisse  
zu 5G und  
Gesundheit  
verbreiten.



diagnose:funk wird ausgewählte Bundestagsabgeordnete (MdBs) kontaktieren und sie mit dem Bericht bekannt machen. Anschreiben an MdBs landen aber meist beim Büroleiter, nicht beim Abgeordneten.

**Entscheidend, ob wir damit Erfolg haben ist deshalb Ihre Arbeit vor Ort.** Machen Sie mit! Über den Wahlkreis kommt man eher an die Abgeordneten ran. Ihre Abgeordnete finden Sie unter [www.bundestag.de/abgeordnete](http://www.bundestag.de/abgeordnete). Deshalb unser Vorschlag:

### Machen Sie mit Abgeordneten einen Termin im Wahlkreisbüro aus, das geht so:

- > Sie schreiben an das Wahlkreisbüro (Adresse auf der Homepage des MdB) und bitten neutral um einen Termin. Falls keine Antwort kommt, rufen Sie beim Wahlkreis-Büroleiter an.
- > Erklären Sie dem Abgeordneten, dass die Risiken der Mobilfunkstrahlung nur angeblich umstritten sind, denn die Studienlage hat seit 2011 (WHO warnt vor Krebsrisiken) immer mehr Nachweise für Gesundheitsrisiken erbracht. Nun weisen auch wissenschaftliche Ausschüsse der EU darauf hin (zusammengefasst im Vorwort des Brennpunktes). Deshalb ist für alle Lebensbereiche eine Politik der Strahlungsvermeidung

und -minimierung notwendig. Fragen Sie den Abgeordneten, ob er bereit ist, sich mit diesem Thema zu beschäftigen und es ggf. in der Fraktion zum Thema zu machen?

- > Übergeben Sie dem Abgeordneten einen Brennpunkt und zeigen ihm die beeindruckende Gesamtstudie, ggf. leihen Sie ihm die Studie aus! Bitten Sie ihn, den Brennpunkt zu lesen und bei einem Folgetermin darüber zu sprechen.
- > Per Post oder Mail: Falls Sie keinen persönlichen Termin vereinbaren können, können Sie natürlich den STOA-Brennpunkt auch per Mail mit Anschreiben an Ihre Wahlkreisabgeordneten schicken. Und natürlich können Sie den Brennpunkt auch an Ärzte, Umwelt- und Kinderschutzverbände weitergeben.

Bitte geben Sie uns eine kurze Rückmeldung an [sekretariat@diagnose-funk.de](mailto:sekretariat@diagnose-funk.de), wenn Sie bei dieser Aktion mitmachen, welche MdBs Sie kontaktiert haben und welches Ergebnis erzielt wurde.

Offene Fragen: Bei offenen Fragen einfach in unserem Sekretariat bei Frau Vollmer anrufen:

0711-25 08 69-0

Mo-Fr, 9:30-12:30 Uhr, 13:30-15:00 Uhr

[www.diagnose-funk.org/1789](http://www.diagnose-funk.org/1789)

Interview mit Dr. Klaus Scheler zur Neustrukturierung der diagnose:funk-Webseite

## Webseite: Alles neu macht der März

Seit März 2022 ist die Webseite von diagnose:funk komplett neu strukturiert, die Startseite ist vereinfacht. Angesichts von über 1.500 Artikeln und ca. 500 Seiten ein zeitraubendes Unterfangen. Vorstandsmitglied Dr. Klaus Scheler hat die Umstrukturierung koordiniert und zum großen Teil selbst durchgeführt. Wie kam es dazu? Was waren die Hürden? Wie wurde alles neu geordnet? Im Interview mit dem Pressereferenten von diagnose:funk, Matthias von Herrmann, gewährt er Einblicke in seine Arbeit.



Klaus Scheler

**Schauen Sie vorbei. Wir freuen uns über konstruktive Rückmeldungen: [www.diagnose-funk.org](http://www.diagnose-funk.org)**

**KOMPAKT: Die Webseite diagnose-funk.org ist neu strukturiert. Wie kam es dazu?**

**KLAUS SCHELER:** Die bisherige Gliederung ist ca. 2009 entstanden. Damals waren viele Aspekte der Mobilfunkkritik aber noch gar nicht im Blick: Der oxidative Stress und Wirkungsmechanismen der Mobilfunkstrahlung waren noch kaum erforscht, das Thema Digitalisierung war noch nicht so präsent und so ambivalent zu betrachten wie heute. Neue Themen wurden dann unorganisch hier und da eingefügt. Außerdem hatte die alte Struktur eine andere Orientierung: Sie war zum Teil nach Art der Dokumente geordnet, nicht hauptsächlich nach inhaltlichen Kriterien. Das erschwerte die Nutzung. Daher musste jetzt endlich eine neue Struktur her.

**KOMPAKT: Du bist ja Physiker. Wie kommst Du dazu, eine Webseite umzustrukturieren?**

**KLAUS SCHELER:** (lacht) In meinem Beruf als Dozent für Physik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg hatte ich auch sehr viel mit der Struktur der Physik-Webseite zu tun. So gesehen war mir die Fragestellung, wie man eine Webseite sinnvoll sortiert, nicht neu. Hinzu kam, dass durch die Coronamaßnahmen Vorträge entfielen und ich viel mehr zu Hause war. So habe ich mich entschieden, diese Aufgabe anzugehen.

**KOMPAKT: Wie groß war denn die Aufgabe?**

**KLAUS SCHELER:** Um ehrlich zu sein, habe ich mir die Aufgabe zunächst kleiner vorgestellt, als sie dann wur-

de. Zunächst habe ich die neue Gliederung am Schreibtisch entworfen. Dann habe ich praktisch alle 1.500 Artikel und 500 Seiten, die in der alten Gliederung enthalten waren, der neuen Gliederung zugeordnet. Dabei habe ich gemerkt, welche Aspekte ich noch gar nicht gesehen hatte, wie viele Seiten der alten Struktur meiner neuen Gliederung gar nicht zugeordnet werden konnten. Ich musste dann Schritt für Schritt die Gliederung ergänzen und teilweise neu ordnen und so verbessern. Die ganze Zuordnung alter Artikel auf ihre neue Position steht auf ca. 100 DIN-A4-Seiten!

**KOMPAKT: Eine gute Webseitenstruktur führt ja auch zu mehr Zufriedenheit bei den Benutzern.**

**KLAUS SCHELER:** Wir bekamen v. a. in den letzten Jahren immer wieder die Rückmeldung von Mitgliedern und Bürgerinitiativen, dass die Leute auf unserer Seite nichts finden, weil sie so unübersichtlich sei. Manchmal haben selbst wir uns wie glückliche Schatzsucher gefühlt, wenn wir auf einen Artikel gestoßen sind, von dessen Existenz wir gar nichts mehr wussten.

**KOMPAKT: Dann ging es an die Umsetzung ...**

**KLAUS SCHELER:** Nun, die lange Liste der Zuordnungen war eine große Hilfe. Eine weitere große Hilfe war unsere Assistentin Elke Fertig (siehe kompakt 3/2021, Seite 6), die die Umsetzung mit mir zusammen durchgeführt hat. Aber vor uns lagen erst einmal weitere Probleme: Im sogenannten Backend, also im Content Management System (CMS), mit dem wir die Inhalte

der Webseite verwalten, musste vieles erst eingerichtet werden. Z. B. musste die Eingabe von Artikel-IDs ermöglicht werden, damit wir Artikel für die Zuordnung schnell finden konnten. Die Firma, die uns das CMS zur Verfügung stellt, musste da tüchtig nachprogrammieren, aber nicht nur da.

**KOMPAKT: Das klingt nach viel Abstimmungsaufwand.**

KLAUS SCHELER: Ja, weit über 300 E-Mails sind hin- und hergegangen, mehrere Telefonkonferenzen sowohl diagnose:funk-intern als auch mit der Web-Agentur kamen dazu. Es war ein ehrenamtlicher Fulltimejob.

**KOMPAKT: Dann hat diagnose:funk durch Deinen Einsatz ja viel Geld gespart.**

KLAUS SCHELER: Das stimmt! Es war aber nicht umsonst (lacht): Für die Programmierungen durch die Web-Agentur fallen ja Rechnungen an, und die Beträge sind nicht gerade klein. Da bin ich sehr dankbar, dass uns unsere Fördermitglieder und Spender unterstützen und wir folglich ein solches Unterfangen angehen konnten.

**KOMPAKT: Seit wann bist Du mit der Umstrukturierung beschäftigt?**

KLAUS SCHELER: Begonnen habe ich damit im April 2020, seit Oktober 2020 habe ich kontinuierlich daran gearbeitet. Wir sitzen also seit gut eineinhalb Jahren dran und jetzt ist die neue Webseite fast fertig.

**KOMPAKT: Fast fertig?**

KLAUS SCHELER: Die Struktur steht, nun muss sie sich in der Realität bewähren. Wir sind auf Rückmeldungen der Benutzer angewiesen, ob sie mit den neuen Begrifflichkeiten und der Sortierung der Themen zurechtkommen, ob Unklarheiten bestehen, ob noch etwas fehlt. Korrekturen sind ja immer noch möglich.

**KOMPAKT: Verstehe ich das richtig, dass die Leserinnen und Leser dieses Interviews sich bei diagnose:funk melden sollen, wenn sie Kritik oder Vorschläge zur neuen Struktur haben?**

KLAUS SCHELER: Ja, das wäre eine große Hilfe! Eine weitere Baustelle, die wir noch haben, sind die Urheberrechtsangaben zu den Bildern, die wir online verwenden. In den 12 Jahren, die diagnose:funk.org inzwischen auf dem Buckel hat, haben sich viele Bilder mit unklaren oder fehlenden Copyright-Angaben eingeschlichen. Hierzu gibt es Vorgaben, die einzuhalten sind, auch wenn es sich um frei verwendbare Bilder

handelt. Manche Bilder sind tatsächlich urheberrechtlich geschützt und können nicht einfach so weiterverwendet werden. Daher gibt es vorerst an manchen Stellen auf der Webseite graue Platzhalter, bis wir die Bildrechte geklärt oder ein alternatives, frei nutzbares Bild gefunden haben.

**KOMPAKT: Gibt es denn echte Neuerungen auf der Webseite?**

KLAUS SCHELER: Die Startseite sieht nun viel aufgeräumter aus und gibt hilfreiche erste Orientierung. Wichtige Artikel, in denen wir fast täglich aktuelle Infos und neue Erkenntnisse aus der Welt der Mobilfunkkritik veröffentlichen, wurden in den Bereich „Aktuelles“ verschoben. Dort taucht nun auch die Presseschau prominenter auf. Die Presseschau gibt mobilfunkkritische Berichterstattung aus den Medien wieder. Ganz neu sind die Themenübersichten, in denen wir Themen wie 5G oder WLAN noch einmal mit ihren verschiedenen Gesichtspunkten aufbereitet und querverlinkt haben. Dort finden sich auch die 10-teilige Artikelserie zu den Scheinargumenten und Halbwahrheiten sowie die Webinar-Übersicht und die Vorsorgetipps, die früher auf der Startseite ganz unten standen.

**KOMPAKT: Wie hast Du den Tunnelblick vermieden?**

KLAUS SCHELER: Zum einen hat mir dabei die Zusammenarbeit mit Elke Fertig sehr geholfen. Ich habe von ihr mehrfach hilfreiche Hinweise erhalten! Zum anderen waren längere Pausen gut und wichtig – mal ein Wochenende lang nicht an der Umstrukturierung arbeiten. Danach fielen mir oft Diskrepanzen auf, die ich zuvor nicht gesehen hatte. Abstand hilft halt nicht nur bei Mobilfunkstrahlung, sondern auch beim Strukturieren von Webseiten (lacht).



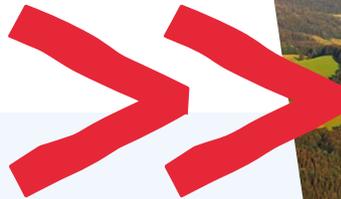
Die neu strukturierte Website von diagnose:funk



**Siegsdorf: Gutachten zum Mobilfunkkonzept liegt vor**

## Ein Beispielkonzept für alle Kommunen

**Der Gemeinderat von Siegsdorf/Bayern hat ein Mobilfunkkonzept beschlossen, das für alle Kommunen ein Beispiel sein kann. Es entstand auf Anregung der Bürgerinitiative. Die Planung wurde bei einem Fachinstitut in Auftrag gegeben. Das Ergebnis zeigt, die Strahlenbelastung kann massiv gesenkt werden. Wir dokumentieren die Bekanntgabe des Konzeptes durch den Bürgermeister. Das Gutachten kann auf der Homepage der Gemeinde heruntergeladen werden.**



Luftbild Siegsdorf | Foto: Homepage Gemeinde Siegsdorf

Az. 853-04 Stand: 02.08.2021  
Gemeinde Siegsdorf

### Mobilfunkkonzept

Die zunehmende Nutzung der Mobilfunktechnologie durch die Bevölkerung hat auch den Bedarf an flächendeckender Versorgung im ländlichen Bereich in den letzten Jahren schnell wachsen lassen. Die Netzbetreiber haben Lizenzauflagen zu erfüllen, auch im Zuge der Versteigerung der Lizenzen für den 5G-Standard. Auch wenn das kein „Grundversorgungsauftrag“ ist (vgl. Rundschreiben des BayStMB vom 22.01.2021), wird doch ein öffentliches Interesse wahrgenommen. Es soll möglichst keine „weißen Flecken“ mehr geben. Daraus ergibt sich unter Umständen der Bedarf an zusätzlichen Standorten für Mobilfunkmasten oder deren Umbau. Das alles wiederum soll umwelt- und sozialverträglich geschehen, wie es in der Präambel des Bay. Mobilfunkpaktes heißt. Angesichts dessen wurde auf Anregung der Bürgerinitiative „Lebenswertes Siegsdorf – 5G frei“ durch die Gemeinde Siegsdorf beschlossen, ein Mobilfunkkonzept zu erstellen und seine Umsetzung in Auftrag zu geben.

Die aktive Mitwirkung der Gemeinde bei der Standortfindung ist auch und vor allem in § 7a der 26. BImSchV vorgesehen. Auf diese Weise soll im Wege eines Dialoges eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung gefunden werden. In der Begründung des Bundesrates vom Mai 2013 wird sowohl auf Mobilfunkkonzepte als auch ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30.08.2012 zur Bauleitplanung verwiesen (Az. 4 C 1.11). Auch die Gemeinde Siegsdorf ist also über geplante Neu- oder Ersatzstandorte zu informieren und kann sich entsprechend äußern oder auch eigene Vorschläge für Standorte machen.

Das Ziel ist grundsätzlich eine flächendeckend angemessene und ausreichende Versorgung bei gleichzeitiger Minimierung der Strahlenbelastung für die Bevölkerung. Letzteres ist die Vorsorgekomponente. Diese entspricht Empfehlungen von Strahlenschutzkommission und Bundesamt für Strahlenschutz. Die Gemeinde stellt dafür nicht etwa einen eigenen Grenz- oder Vorsorgewert auf, vielmehr kommt es auf die Umstände des Einzelfalls an. Daher lässt sich die Gemeinde fachgutachterlich und auch juristisch begleiten.

Das Konzept ist so angelegt, dass es ständig bedarfsgerecht fortgeschrieben wird. Es sieht in Anlehnung an einen Beschluss des BayVGH vom 16.07.2012 (Az. 1 CS 12.830) vor, dass die Mobilfunkstandorte

- > landschafts- und ortsbildverträglich
- > versorgungstechnisch geeignet und
- > im Hinblick auf Wohnbebauung immissionsoptimiert sind.

Als zuständiger und verantwortlicher Ansprechpartner der Gemeinde wird der/die 1. Bürgermeister/- in der Gemeinde benannt. Suchkrisenanfragen der Mobilfunknetzbetreiber sind schriftlich einzureichen und werden unverzüglich zumindest vorläufig beantwortet, letztverbindlich dann innerhalb von acht Wochen. Sollte es länger dauern, wird das dem Betreiber rechtzeitig mitgeteilt. Dieser wird auch dazu angehalten, alle benötigten Angaben zu machen. Einzelheiten des Verfahrens finden sich in LAI-Empfehlungen aus d.J.2014.

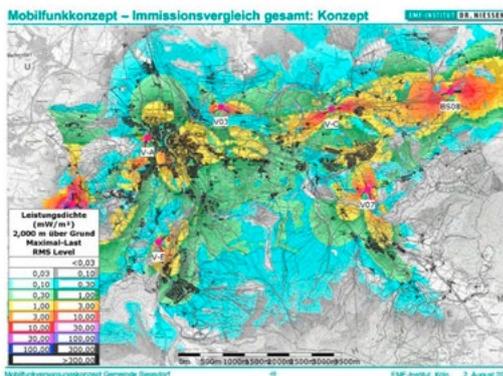
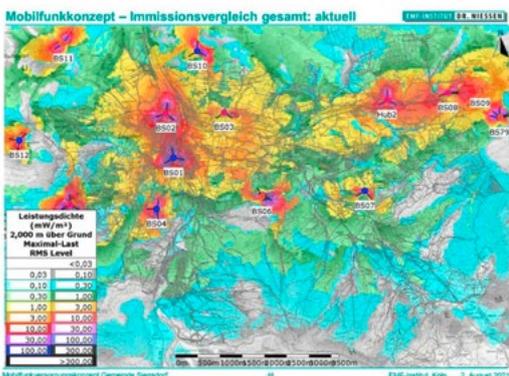
Vom beauftragten Gutachter erfolgt eine die Standorte vergleichende Feststellung der funkttechnischen Parameter von Versorgung und Vorsorge. Dies wird jeweils aktenkundig gemacht als Teil des Konzeptes und mit eingestellt in die Bewertung, welcher Standort mit den o.g. städtebaulichen Zielen vereinbar und welche Auswahl zu treffen ist. Darüber entscheidet der Gemeinderat.

Für den Fall, dass ein Dialog nicht zum Konsens führt, bleiben Mittel der Bauleitplanung vorbehalten.

Siegsdorf, 02.08.2021  
 Thomas Kamm, 1. Bürgermeister

} Mehr dazu auf [www.diagnose-funk.org/1787](http://www.diagnose-funk.org/1787)

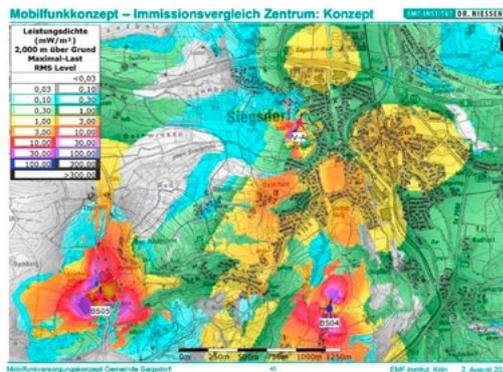
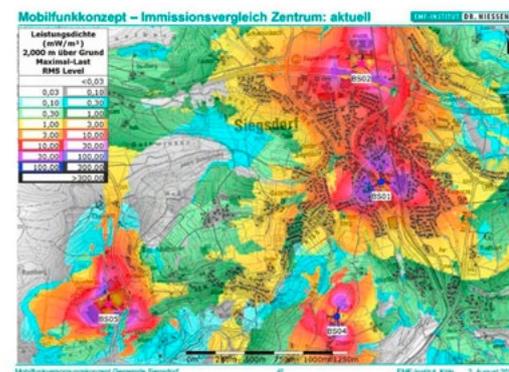
**Mobilfunkkonzept Siegsdorf / Bayern - aus roten Zonen werden gelb-grüne**



Linke Bilder: Strahlenbelastung aktueller Stand

Rechte Bilder: Strahlenbelastung nach Verwirklichung des Mobilfunkkonzeptes

Bilder: EMF-Institut Niessen



Interview mit der Bürgerinitiative SalemFunk

# Bürger fordern: Besser vernetzt als verstrahlt

**Auch in Salem im Hinterland des Bodensees – bekannt durch das Internat ‚Schule Schloss Salem‘ – regt sich Widerstand gegen den fortlaufenden Mobilfunkausbau. Matthias von Herrmann, Pressereferent von diagnose:funk, sprach mit drei Mitgliedern der dortigen Bürgerinitiative (BI) SalemFunk über ihre Arbeit.**

**KOMPAKT: Wie kam es zur Gründung der Bürgerinitiative SalemFunk?**

NADJA LAMMERS: Ich habe durch Zufall den Verpächter getroffen, auf dessen Grundstück ein Mobilfunkmast errichtet werden soll. Ich kam mit ihm ins Gespräch und er hat mir zu verstehen gegeben, dass übermorgen der Mast schon stehen würde. Ich war geschockt, wie so mir nichts Dir nichts ein weiterer Mobilfunkmast aus dem Boden gestampft werden kann. Daraufhin bin ich auf Nachbarn zugegangen und habe im Bekanntenkreis gefragt, wer mir vielleicht weiterhelfen kann. So kam ich an jemanden vom Mobilfunk-Regionalforum Bodensee/Oberschwaben in Ravensburg. Von ihm bekam ich Infomaterial und die Empfehlung, eine Bürgerinitiative zu gründen.

**KOMPAKT: Ganz ohne Erfahrung eine BI zu gründen ist sicher nicht leicht.**

NADJA LAMMERS: Genau! Ich hatte keine Ahnung, wie so etwas geht, wie man so etwas macht – ich habe einfach angefangen und mich Schritt für Schritt weitergehängt. Einer der Schritte war, dass ich Manfred Hoppe angesprochen habe, der in Salem früher schon einmal in einer Bürgerinitiative aktiv war.

MANFRED HOPPE: Es gab dann recht bald einen Zeitungsbericht über die Gründung unserer BI und über das Vorhaben, hier einen Mobilfunkmast zu bauen. Durch diesen Zeitungsbericht kam dann Michael Presser zu unserer BI dazu.

**KOMPAKT: Seit wann gibt es denn Eure Bürgerinitiative?**

NADJA LAMMERS: Seit April 2021, also mitten in der Coronazeit. Am Anfang haben wir uns immer im Garten getroffen, dann auch Videokonferenzen gemacht.

**KOMPAKT: Das finde ich sehr beispielgebend, dass Ihr**

**trotz allgemeinem Corona-Hype einen Weg gefunden habt, aktiv zu werden. Wie viele BI-Mitglieder habt Ihr denn inzwischen?**

NADJA LAMMERS: In der Kerngruppe sind es 6 bis 7 Leute, sporadisch steigen dann immer mal ein paar weitere mit ein und übernehmen einzelne Aufgaben. Die meisten kamen über den bereits erwähnten Zeitungsartikel. Ich hatte eine E-Mail-Adresse eingerichtet, und so waren wir für alle Zeitungsleser erreichbar. Auch aus der Nachbarschaft stießen Leute dazu.

MICHAEL PRESSER: Hinzu kam, dass wir bereits im Mai/Juni 2021 eine Unterschriftensammlung begonnen haben, um eine Einwohnerversammlung nach § 20 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg zu beantragen. Dabei haben wir viele Kontakte geknüpft: Wenn Menschen etwas unterschreiben sollen, ergibt es sich natürlich, dass sie sich über uns informieren und dann die eine oder der andere ebenfalls aktiv werden will.

**KOMPAKT: Woher habt Ihr gewusst, wie das mit der Einwohnerversammlung abläuft?**

NADJA LAMMERS: Da war erneut der Kontakt zur Bürgerinitiative in Ravensburg sehr hilfreich: Von ihnen wurden wir mit Infos unterstützt. Von ihnen haben wir auch rechtlich korrekt erstellte und formulierte Unterschriftslisten bekommen, die wir als Muster nutzen konnten. Um den Formalien zu genügen, mussten mindestens 2,5% der Wahlberechtigten der Gemeinde Salem unseren Antrag auf Einwohnerversammlung unterschreiben. Dieses Ziel haben wir inzwischen deutlich erreicht, unter anderem auch dadurch, dass wir von Haus zu Haus gegangen sind, um die Leute persönlich anzusprechen.

MANFRED HOPPE: Die Tatsache, dass wir Unterschriften für eine Einwohnerversammlung sammeln,

haben wir recht bald an den Bürgermeister und die Fraktionen im Gemeinderat kommuniziert. Uns war wichtig, dass die politischen Entscheidungsträger frühzeitig von unserem Unterfangen wissen und verstehen, dass wir den rechtlichen Rahmen erfüllen. Einer unserer Grundsätze ist die möglichst breite und transparente Kommunikation, die ja beim Bauvorhaben für den Masten so nicht gegeben war. Wir wollten von Anfang an die Transparenz und Gesprächsbereitschaft signalisieren.

**KOMPAKT: Wie seid Ihr da konkret vorgegangen?**

MANFRED HOPPE: Wir haben Gespräche mit dem Bürgermeister geführt und dort Fragen gestellt. Die Ergebnisse dieser Gespräche haben wir dann an die Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat offen kommuniziert, sodass immer beide Seiten – Bürgermeister und Fraktionen – wussten, was wir miteinander besprochen hatten. Wichtig war dabei Michael Presser, der die Gespräche gut strukturiert hat und dafür gesorgt hat, dass die Kommunikation nicht emotional aus dem Ruder läuft.

**KOMPAKT: Wie habt Ihr es hinbekommen, dass der Bürgermeister von Salem Euch zu einem Gespräch einlädt?**

MICHAEL PRESSER: Wir waren mutig! Wir wussten: Der Gemeinderat ist zwar aktiv, aber der Kopf der Gemeinde ist der Bürgermeister, es geht im Grunde alles über den Bürgermeister. Da haben wir uns gesagt: Wir lassen uns mal nicht abschrecken, wir machen mit dem Bürgermeister einen Termin! Der Bürgermeister soll wissen, dass es uns als BI gibt, dass wir transparent vorgehen, dass wir mit ihm im Gespräch sein wollen.

NADJA LAMMERS: Der Bürgermeister hat sich übrigens erst zu einem Termin bereit erklärt, als wir als Bürgerinitiative aufgetreten sind. Manfred und ich hatten ihn zuvor schon als Bürger angeschrieben, aber keine Reaktion erhalten.

**KOMPAKT: Wie habt Ihr Euch auf solch einen Termin vorbereitet?**

MICHAEL PRESSER: Wir wussten, dass der Bürgermeister eine frühere Bürgerbeteiligung zur Ortsumgestaltung in Salem praktiziert hat. Da gab es im Nachgang Unmut in der Gemeinde, die letzte Bürgermeisterwahl war zudem knapp ausgefallen. Wir wussten also, dass wir ein Spannungsfeld zwischen Gemeinderat und Bürgermeister haben. Daher machten wir den Gesprächsanfang beim Bürgermeister.

NADJA LAMMERS: Sowohl der Verpächter als auch der Bürgermeister waren sich sehr sicher, dass der Mobilfunkmast beschlossene Sache sei und dass man dagegen nichts mehr machen könne. Das ist die Haltung, die verbreitet wurde. Der Bürgermeister unterstützte sogar den Masten. Weil wir uns so gut mit der Gesetzeslage auseinandergesetzt hatten, sahen wir aber, dass es doch einen Weg gegen den Mast und für ein strahlungsarmes Leben in Salem gibt.

MANFRED HOPPE: Der Bürgermeister weiß inzwischen ganz genau: Wir sind keine Verneiner von Technik, wir haben Fragen, wir wissen Bescheid und wir gehen aktiv in diese Auseinandersetzung. Er nimmt uns daher ernst und weiß, dass man mit uns nicht Kasperle spielen kann.

**KOMPAKT: Und wie lief es mit den Gemeinderäten?**

MICHAEL PRESSER: Wir haben hier in Salem ein bäuerliches Umfeld und einen traditionellen Gemeinderat, darunter auch Unternehmer und Kaufleute. Daher bestand die Herausforderung darin, diese richtig anzusprechen. Bei der Vorbereitung der Termine haben wir uns überlegt, auf welche Argumente und Reaktionen wir wohl treffen würden, wo müssen wir z. B. mal das Bundesimmissionsschutzgesetz und die entsprechenden Verordnungen erwähnen. Unsere Vorstellung in den Fraktionen hatte das Ziel, dass die Lokalpoliti-

**„Ich war geschockt, wie so mir nichts Dir nichts ein weiterer Mobilfunkmast aus dem Boden gestampft werden kann.“**

Nadja Lammers



Michael Presser



Manfred Hoppe



Matthias von Herrmann



ker wissen, mit wem sie es zu tun haben. Und wir haben unsere Motivation dargelegt, also Gesundheit und Transparenz.

**KOMPAKT: Welches Thema hat denn gezündet?**

MICHAEL PRESSER: Salem hat beim Breitband-Internet und bei der Glasfaser-Versorgung ein echtes Defizit. Das ist den Gemeinderäten ein Dorn im Auge, weil von der Gemeinde zu wenig passiert. Der Bürgermeister konnte nur ein Förderprogramm für weiße Flecken (weniger als 30 Megabit pro Sekunde, d:f) vorweisen, also Bereiche, wo es nur eine schwache Internetversorgung gibt. Weiße Flecken gibt es in Salem nur wenig, jedoch graue Flecken (weniger als 100 bzw. 200 Megabit pro Sekunde, d:f). Wir wiesen den Bürgermeister also auf ein neues Förderprogramm des Bundes hin, das seit 2021 auch diese grauen Flecken einschließt.

**KOMPAKT: Auch Bürgermeister und Gemeinderäte kennen nicht alle Förderprogramme ...**

MICHAEL PRESSER: Das Ende vom Lied ist, dass der Gemeinderat den bereits beschlossenen Haushalt um ein Förderprogramm für graue Flecken erweitert hat. Über drei Jahre hinweg steuert Salem insgesamt 600.000 Euro bei, die restlichen 90% stemmen Land und Bund. Damit liegt die gesamte Fördersumme bei 6 Mio. Euro. Das ist ein ordentliches Pfund, mit dem die Gemeinde nun etwas anfangen kann. Damit kann Salem außerdem die Krücke Mobilfunk relativieren. Die Mobilfunkbetreiber werben ja genau mit dieser Masche: Wir richten Euch alles mit schnellem Mobilfunk ein, wenn ihr langsame Internetanschlüsse habt. Wir halten mit unserem Slogan dagegen: Besser vernetzt als verstrahlt.

**KOMPAKT: Das ist ein treffender Slogan, der gefällt mir! Bemerkenswert finde ich, dass Ihr ehrenamtliche Politikberatung macht.**

MICHAEL PRESSER: Neben der Auseinandersetzung um den Funkmast und um Glasfaseranschlüsse beraten wir übrigens auch Bürgerinnen und Bürger, wie sie strahlungsarm leben können. Da sind wir in einem regelrechten Aufklärungsprozess. Es fallen Begriffe wie Trennung von Indoor- und Outdoorversorgung, es geht um die Abschaltung des WLAN-Routers im neuen Fernseher. Die meisten Leute wissen über das Thema Mobilfunkstrahlung nichts – und da gehören halt die Gemeinderäte auch dazu. Die Gemeinderäte sind inzwischen sehr dankbar für die Infos, die wir ihnen zukommen lassen. Die Aufklärung wird wirklich gut angenommen.

**KOMPAKT: Die Gespräche mit Bürgermeister und Gemeinderat fällt unter den Begriff Lobbyarbeit. Macht Ihr auch Öffentlichkeitsarbeit?**

MICHAEL PRESSER: Wir bereiten gerade ein Faltblatt vor, das farbig und anständig gelayoutet ist. Darin beschreiben wir uns und unsere Arbeit. Außerdem bereiten wir einen Blog vor, in dem wir den Bürgern Infos über unsere Aktivitäten und von diagnose:funk bereitstellen wollen. Das Faltblatt veröffentlichen wir aber erst, wenn der Blog steht, denn das Faltblatt verweist auf den Blog. Sogar über Zoom-Konferenzen mit der Bevölkerung von Salem denken wir gerade nach. Also eine konzertierte Aktion der Öffentlichkeitsarbeit.

NADJA LAMMERS: Uns ist die Sensibilisierung der Menschen wichtig. Wir haben uns ein Messgerät besorgt, das die Mobilfunkstrahlung hörbar macht. Dieses Gerät verleihen wir im Ort an die Bürger. Die Leute kommen dann und sagen: Hör mal, bei mir knattert es hier, was ist das denn? So erreichen wir, dass die Menschen sich der unsichtbaren, aber doch gesundheitsschädlichen Strahlung bewusst werden. Dazu wollen wir mit dem Flyer im Ort sogar von Haus zu Haus gehen und mit den Menschen ins Gespräch kommen. Dabei wollen wir anregen, die Technik und die Digitalisierung kritisch zu hinterfragen. Die Leute sollen sich Gedanken machen, denn das ist die Voraussetzung für einen Wandel.

**KOMPAKT: Da fehlt nur noch ein Mobilfunkvorsorgekonzept ...**

MANFRED HOPPE: Ach, das haben wir ja noch gar nicht erzählt: Wir konnten erreichen, dass die Grüne Offene Liste (GOL) einen Mobilfunkversorgungsplan als Antrag in den Gemeinderat einbrachte. Dieser Antrag wurde fast einstimmig vom Gemeinderat angenommen. Nun wurde ein Gutachterbüro beauftragt, das in der Gemeinde Messungen an Mobilfunksendemasten durchführt und Alternativstandorte untersucht. Dieser Gemeinderatsbeschluss hilft uns extrem weiter.

MICHAEL PRESSER: Bei der Einwohnerversammlung, die wir mit den gesammelten Unterschriften beantragen werden, soll das Mobilfunkgutachten der Bevölkerung präsentiert werden.

Bezeichnung der Bürgerinitiative: „SalemFunk“  
Themen: Mobilfunkmast,  
Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung  
E-Mail: SalemFunk@web.de



Jetzt  
mitmachen  
-----  
[signstop5g.eu/de](https://signstop5g.eu/de)

**Digitalisierung – nicht ohne Abschätzung der Technikfolgen und einer Vorsorgepolitik**

## Europaweite Unterschriftensammlung an die EU-Kommission startet

EU-BürgerInnen haben nicht nur das Recht, am demokratischen Leben der Europäischen Union teilzunehmen, dies ist sogar ausdrücklich gewünscht und wird gefördert. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) bietet die Möglichkeit, die politische Tagesordnung der EU-Organe zu beeinflussen. Eine EBI muss von der EU zugelassen, also registriert, werden. Wenn sie dann innerhalb von 12 Monaten in mindestens sieben Mitgliedstaaten 1 Million Unterschriften sammelt, kann sie die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse einen Rechtsakt zur Umsetzung der EU-Verträge vorzuschlagen. Die Unionsbürger werden damit in Bezug auf das Aufforderungsrecht auf dieselbe Stufe gestellt wie das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union.

**DIAGNOSE:FUNK: Am 7.10.2021 wurde die Europäische Bürgerinitiative (EBI) "Stop ((5G)) – Stay Connected but Protected" erfolgreich registriert. Gratulation, dass Ihr diesen aufwändigen juristischen Weg gemeistert habt. Welches Ziel verfolgt Ihr?**

E. B. MADSEN: Durch die EBI wollen wir die EU-Kommission auffordern, bessere Rechtsvorschriften zum Schutz von Bürgern und Umwelt vor den negativen Auswirkungen der drahtlosen Kommunikation zu erlassen. Unser Ziel ist eine EU-Gesetzgebung, die das Vorsorgeprinzip anwendet und Grenzwerte definiert, die ausschließlich dem Gesundheitsschutz dienen.

M. THIELE: Es ist uns wichtig, dass sich die EU-Gesetzgebung an der Expertise unabhängiger Wissenschaftler orientiert und frei von der Einflussnahme von Mobilfunklobbyisten ist.

**DIAGNOSE:FUNK: Welches sind die Hauptforderungen?**

E. B. MADSEN: Unsere Hauptforderungen umfassen einen Erlass von Vorschriften zum Schutz allen Lebens vor Hochfrequenz- und Mikrowellenstrahlung, strengere Vorschriften zum Schutz der Umwelt vor allen Auswirkungen von Hochfrequenz- und Mikrowellenstrahlung, insbesondere vor den Auswirkungen von 5G und dem damit ermöglichten Internet der Dinge - hier müssen vor allem unsere Ressourcen vor Raubbau geschützt werden - und einen Erlass zum wirksamen Da-

tenschutz, um Privatsphäre, soziale Sicherheit und Freiheit zu schützen, brauchen wir ebenfalls.

**DIAGNOSE:FUNK: Welche Bedingungen stellt die EU Kommission an eine Europäische Bürgerinitiative (EBI)?**

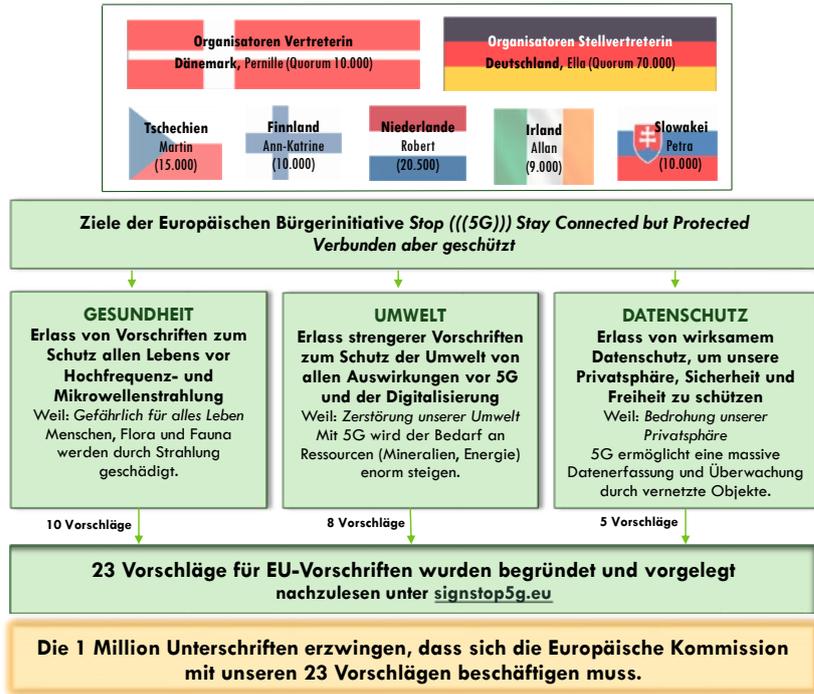
M. THIELE: Jeder EU-Bürger, der mindestens 18 Jahre alt ist (bzw. 16 in Österreich), kann eine solche Initiative organisieren. Ein Bürgerausschuss aus mindestens sieben EU-BürgerInnen aus sieben verschiedenen EU-Ländern ist während des gesamten Verfahrens für die Verwaltung der Initiative verantwortlich. Weitere Bedingungen sind, dass die Initiative einen Bereich betrifft, in dem die Kommission befugt ist, eine EU-Rechtsvorschrift vorzuschlagen, dass die Initiative nicht offenkundig missbräuchlich, unseriös oder schikanös ist und mit den EU-Werten bzw. den Grundrechten der EU-Charta in Einklang steht.

**DIAGNOSE:FUNK: Gratulation, dass Ihr das geschafft habt. Welche Länder machen bisher mit?**

E. B. MADSEN: Dänemark, Deutschland, Finnland, Irland, Niederlande, Slowakei, Tschechien sind die Organisatoren, wobei Dänemark die Leitung und Deutschland die vertretende Leitung innehat. Hinter diesen Initiatoren stehen derzeit weitere 14 EU-Länder, die an den gemeinsamen Konferenzen teilnehmen. Gültige

**7 Länder der EU  
starten eine Europäische Bürgerinitiative (EBI)**

Alle 27 EU-Mitgliedstaaten können sich an der Unterschriften-sammlung beteiligen, und mindestens 7 von ihnen müssen eine bestimmte Anzahl von Unterschriften (Quorum) erreichen.  
[https://europa.eu/citizens-initiative/thresholds\\_en](https://europa.eu/citizens-initiative/thresholds_en)



1 Million Unterschriften aus 27 EU-Staaten müssen innerhalb von zwölf Monaten gesammelt werden (online und analog möglich).  
**Beginn: 1. März 2022**

Unterschriften können natürlich in allen europäischen Ländern gesammelt werden.

**DIAGNOSE:FUNK: Wie sollen 1 Mio. Unterschriften erreicht werden?**

E. B. MADSEN: Wir setzen zunächst mal auf die Unterstützung aller mobilfunkkritischen Bürgerinitiativen und die BürgerInnen, die dahinter stehen und wir vertrauen auf das Schneeballsystem. Wir suchen europaweit noch nach Interessenvertretern und Partnern, die unser Anliegen teilen und weitertragen möchten.

M. THIELE: Aktuell sind wir dabei, einen großen Verteiler aufzubauen, Kontakte zu Umwelt- und Klimaschutzorganisationen, Stiftungen, Umweltmedizinerinnen und Baubiologen herzustellen, um für die Unterstützung der EBI zu werben. Am 1. März wollen wir eine Presseaktion und Social-Media-Kampagnen starten und unter anderem einen imposanten Kurzfilm viral gehen lassen.

**DIAGNOSE:FUNK: Corona verdrängt ja alle anderen Umweltthemen! Habt ihr keine Bedenken, dass die Ziele nicht erreicht werden?**

M. THIELE: Gerade weil im Windschatten von Corona die Digitalisierung ohne jegliche Technikfolgenabschätzung durchgepeitscht wird, braucht es ein Signal: Das nehmen wir nicht hin, wir wollen eine öffentliche Debatte über die Risiken, vor denen die seriösen Organisationen wie der WBGU, der WFC und die Naturfreunde warnen.

E. B. MADSEN: Und nicht nur die. Selbst EU Insti-

tutionen wie die STOA veröffentlichen Berichte, in denen ein 5G-Moratorium gefordert wird. diagnose:funk hat dies ja jetzt auf Deutsch publiziert. Danke dafür! Es geht also nicht nur darum, dass wir viele Unterschriften bekommen, sondern dass wir ein Problembewusstsein schaffen.

**DIAGNOSE:FUNK: Wie werbt ihr für die EBI?**

M. THIELE: Zum einen über die Webseite und Verlinkung auf den Seiten unserer Unterstützer, durch Pressemeldungen, einen Kurzfilm, Flyer und Plakate, einen QR-Code, der als Aufkleber gedruckt und verteilt werden soll, Social-Media-Posts und einen eigenen YouTube-Kanal. In diesem Jahr soll es vier gut vorbereitete Aktionstage in Deutschland geben, an denen Werbematerial in den Städten verteilt und Unterschriftenlisten ausgelegt werden sollen. Wir sind übrigens für weitere Ideen und Unterstützung enorm dankbar und offen. Schreibt uns gerne an [kabelvorrang@posteo.de](mailto:kabelvorrang@posteo.de).

**DIAGNOSE:FUNK: Wie kann jeder Einzelne, wie kann jede Bürgerinitiative die EBI unterstützen?**

E. B. MADSEN: Erstmal selbst unterschreiben und dann den Link zur Webseite an seinen Email-Verteiler weiterleiten. Man kann die EBI-Webseite verlinken, in seiner Email-Signatur auf die EBI hinweisen, die EBI in seinen Social Media Accounts vorstellen, Flyer verteilen, Ausgänge machen und möglichst vielen Menschen auch persönlich davon berichten. Da nicht jeder eine Internetanbindung hat, ist es wichtig, in der Öffentlichkeit auch handschriftliche Unterschriften einzusammeln.

Übrigens: diagnose:funk hat uns mit einer großzügigen Spende unterstützt, danke dafür. Der Unterschriftenbogen wird zeitnah auf unserer Webseite zur Verfügung gestellt.

**DIAGNOSE:FUNK: Wie ist die Perspektive, was geschieht, wenn 1 Mio. Unterschriften erzielt wurden?**

M. THIELE: Wenn wir erfolgreich sind und mindestens 1 Mio. Unterschriften erzielen, werden die Europäische Kommission und das Europäische Parlament gezwungen sein, unsere umfangreichen Vorschläge für einen Rechtsakt zu prüfen.

**DIAGNOSE:FUNK: Gibt es Beispiele für erfolgreiche EBIs?**

E. B. MADSEN: ‚Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware!‘ ([www.right2water.eu/](http://www.right2water.eu/)) Diese EBI erzielte 1.659.543 Unterstützer-Unterschriften. Die Kommission reagierte auf diese EBI mit der Zusage, konkrete Schritte zu unternehmen und eine Reihe neuer Maßnahmen in Bereichen auszuarbeiten, die direkt für die Initiative und ihre Ziele relevant sind. Die

Maßnahmen der EU zu dieser EBI sind einzusehen unter [www.europa.eu/citizens-initiative/water-and-sanitation-are-human-right-water-public-good-not-commodity\\_de](http://www.europa.eu/citizens-initiative/water-and-sanitation-are-human-right-water-public-good-not-commodity_de)

**DIAGNOSE:FUNK: Danke für das Interview, wir wünschen Euch viel Erfolg, unsere Unterstützung habt ihr.**

**Die Homepage der EBI**

Die Forderungen der EBI können nachgelesen werden auf der offiziellen Webseite

[www.europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2021/000009\\_de](http://www.europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2021/000009_de)

und auf deutschen Webseite [www.signstop5g.eu/de](http://www.signstop5g.eu/de)



**Interviewpartnerinnen:**

Elisabeth Birgit Madsen (links), Deutsche Organisatorin und stellvertretende europäische Organisatorin der Europäischen Bürgerinitiative ‚Stop ((5G)) Stay Connected but Protected‘  
Michaela Thiele (rechts), Vertretung der deutschen Organisatorin

## Kabel in der Kirche – von WLAN zu LAN

Am 12. Dezember 2021 bekamen wir ein Schreiben eines aktiven diagnose:funk-Mitglieds vom Bodensee. Diesen erfreulichen Bericht möchten wir gerne mit Ihnen teilen.

„Gern will ich einen schönen Erfolg bekannt machen, der ein exemplarisches Beispiel sein könnte.

Seit vier Jahren leite ich eine Seniorentanzgruppe in einer evangelischen Kirchengemeinde hier am Bodensee. Nach der Corona-Pause von November 2020 bis Juni 2021 konnte ich im Juli den Raum wieder nutzen. Sofort beim Betreten traten die mir bekannten Elektrohypersensibilität-Symptome auf, die ich bis dahin in dem Raum nicht gespürt hatte. Ich nahm das still für mich zur Kenntnis, beobachtete aber, dass eine Tänzerin ständig Schwindel empfand, sie sich immer wieder hinsetzen musste, und dass allgemein die Konzentrationsfähigkeit herabgesetzt war. Ich verschwieg der Gruppe meine Wahrnehmung, da ich die Befindlichkeiten in der Woche später nochmal beobachten wollte. Leider dasselbe Geschehen bei mir und den anderen.

Nun war ich mir sicher, dass WLAN eingebaut worden war, um das Live-Streaming des Gottesdienstes zu ermöglichen. Ich wandte mich schriftlich an den Pfarrer, schilderte meine Beobachtungen, gab ihm relevante Infos von diagnose:funk an die Hand und bat darum, WLAN an dem Tag meiner Veranstaltung völlig abzuschalten, bzw. besser noch, es nur noch für die Zeit des Streamings einzuschalten.

Glücklicherweise wurde meine Eingabe ernst genommen und meiner Bitte entsprochen, so dass ich das Tanztraining wieder ohne gesundheitliche Beeinträchtigung für mich und andere leiten konnte. Und besser noch: Obwohl sehr viel Geld in die eigene Super-Anlage investiert worden war, wurde nochmals Geld in die Hand genommen, um die Funktechnik zurückzubauen und komplett auf LAN umzustellen.

Sicherlich haben durch meine Intervention alle technisch Beteiligten auch für ihre private Nutzung neue Kenntnisse erwerben können.“



Interview mit Manfred Hofmeister, Stadtrat und Kreisrat in Bad Reichenhall

## Wir müssen wirklich dicke Bretter bohren

Der Bad Reichenhaller Stadt- und Kreisrat Manfred Hofmeister kritisiert, dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) den Kommunen empfiehlt, sich beim 5G-Ausbau am Leitfaden des Weltverbandes der Mobilfunkindustrie GSMA zu orientieren. Daher fordert er in einem offenen Brief (siehe Kasten) die Redaktion der Zeitschrift „Kommunal“ auf, Falschaussagen im Artikel „Mobilfunkstrahlung: Leitfaden zum Thema 5G für Kommunen“ zu korrigieren. Im Interview mit Matthias von Herrmann, Pressereferent von diagnose:funk, erklärt Manfred Hofmeister die Hintergründe seiner Aktivitäten.



Manfred Hofmeister

**KOMPAKT: Wie kam es zu Ihrem offenen Brief?**

MANFRED HOFMEISTER: Die Zeitschrift „Kommunal“ wird vom Deutschen Städte- und Gemeindebund monatlich herausgegeben und zumindest bei uns in Bad Reichenhall immer wieder an Stadträte verteilt. Beim Durchblättern fiel mir ein Artikel zu 5G-Mobilfunk auf. Als ich dann die bekannten Narrative der Mobilfunkindustrie las, sagte ich mir, dass ich das so nicht stehen lassen kann. Daher habe ich an den Chefredakteur geschrieben.

**KOMPAKT: Haben Sie eine Antwort erhalten?**

MANFRED HOFMEISTER: Bisher nicht. Wahrscheinlich reagiert die Redaktion erst, wenn sie mehr kritische Post erhält.

**KOMPAKT: Wie kommen Sie zum Thema 5G und Mobilfunk?**

MANFRED HOFMEISTER: Als Baubiologe befasse ich mich natürlich mit dem Thema Strahlung und gebe Vorsorgeempfehlungen basierend auf entsprechenden Messungen. Als Stadtrat habe ich z. B. mit WLAN in Kindergärten, in Schulen und öffentlichen Gebäuden zu tun. Ich halte auch an der Volkshochschule Vorträge zum Thema „5G sowie gesundes Wohnen mit möglichst wenig Elektrosmog“.

**KOMPAKT: Wie stehen die Mitglieder des Bad Reichenhaller Stadtrats zum Thema Mobilfunk?**

MANFRED HOFMEISTER: Wir hatten z. B. Anfragen von der Telekom in der Fußgängerzone zwei sog. „Minisender“ aufzustellen. Ich habe in der Stadtratssitzung natürlich vehement dagegen argumentiert, denn Mobilfunk-

kempfang ist bereits jetzt überall möglich. So konnte ich auch etliche Kolleginnen und Kollegen überzeugen. Aber zu einer mobilfunkkritischen Mehrheit reicht es regelmäßig nicht. Das ist besonders skurril, da Bad Reichenhall ja den Anspruch an sich hat, eine Gesundheitsstadt zu sein und auch so für sich wirbt. Der Stadtrat handelt mit einer derartigen Entscheidung, die Vorsorge auszublenzen, mehrheitlich gegen dieses Selbstverständnis, wenn direkt neben dem Kurpark, wo die Menschen sich erholen wollen, derartige Sender im Nahfeld vieler Personen aufgestellt werden. Selbst im Schwimmbad in der Kinderzone haben wir WLAN, damit die Eltern „daddeln“ können, während die Kleinen spielen und im Wasser sind. Ich sehe da eine völlig abstruse Haltung von gewählten Volksvertretern in unserem Stadtrat.

**KOMPAKT: Woran liegt es, dass Sie und Ihre „Bürgerliste Reichenhall“ einen so schweren Stand haben?**

MANFRED HOFMEISTER: Bei vielen Stadträten fehlt noch immer das Grundverständnis für das Thema ‚Mobilfunkstrahlung und Gesundheit‘, überwiegend bei CSU und Freien Wählern, zum Teil auch bei den anderen Fraktionen. Es herrscht die groteske Einstellung: Wenn alles verstrahlt ist, sind wir modern. Digitalisierung ist ja in vielen Bereichen sinnvoll nutzbar. Das heißt aber nicht, die Endnutzer ausschließlich über Funk zu bedienen. Das ist der falsche Ansatz – verkabeln statt verstrahlen sollte es heißen, gerade jetzt beim vielen Online-Unterricht zu Hause. Kabel sind sicherer und schneller, das sollte in die Köpfe von Entscheidungsträgern. Da müssen wir wirklich noch dicke Bretter bohren.

**KOMPAKT: Gibt es eine mobilfunkkritische Bürgerinitiative in Bad Reichenhall?**

MANFRED HOFMEISTER: Es gab vor einigen Jahren mal eine Aktion gegen 5G mit einem guten Schreiben

an alle Stadträte, aber das ist durch fehlende Resonanz wieder eingeschlafen. Wobei eine aktive Bürgerinitiative uns kritischen Stadträten enorm helfen würde! Auch wenn wir das Thema in den Gremien immer propagieren, fehlt doch die Basis in der Bevölkerung und draußen auf der Straße. Denn wenn von außen Druck kommt, sind die Stadträte eher gezwungen, sich mit dem Thema zu beschäftigen und sich den Bürgern gegenüber zu rechtfertigen. Auch eine diesem Thema

aufgeschlossene Verwaltung kann wichtige Beiträge liefern.

Die Bemühungen beider Seiten, die Verstrahlungen wo immer möglich zu minimieren, würden sich gegenseitig verstärken. Das würde dann auch auf andere Bereiche und Kommunen ausstrahlen. Ein Bürgermeister hat da übrigens großen Einfluss, weil er eine Gefolgschaft hat. Wenn er ein Thema vorgibt, stimmt ein Großteil der Stadträte mit.

Der Artikel „Mobilfunkstrahlung: Leitfaden zum Thema 5G für Kommunen“ ([www.kommunal.de/mobilfunkstrahlung-leitfaden](http://www.kommunal.de/mobilfunkstrahlung-leitfaden)) in der Zeitschrift Kommunal 12/2021 – geschrieben von Chefredakteur Christian Erhardt – wirft den Mobilfunkkritikern Desinformation und Behinderung des Ausbaus der Mobilfunkinfrastruktur vor. Außerdem werden Alternativen verdreht, dabei bedient er sich 1:1 der Propagandafloskeln im Leitfaden der GSMA ([www.t1p.de/xefdp](http://www.t1p.de/xefdp)). Vielleicht regt der folgende offene Brief von Manfred Hofmeister andere StadträtInnen an, der Zeitschrift „Kommunal“ ebenfalls zu schreiben.

### **An die Redaktion Kommunal | Reinhardtstraße 31 | 10117 Berlin**

Ausgabe 12/2021: Artikel von Christian Erhardt: „Mobilfunkmasten. Leitfaden zum Thema 5G“

Sehr geehrte Redaktionsleitung der Zeitschrift „Kommunal“, sehr geehrter Herr Erhardt, Ihr Artikel „Leitfaden zum Thema 5G“ desinformiert kommunale Entscheidungsträger aus vier Gründen:

1. Sie empfehlen in Ihrem Artikel als Handlungsleitfaden für kommunale Planungen das Papier des "Global System for Mobile Communication Association" (GSMA), also des Weltverbandes der Mobilfunkindustrie. Dieser Leitfaden bildet die Interessen der Mobilfunkindustrie ab und nicht die Vorsorge für Bürgerinnen und Bürger.
2. Auf dieser Grundlage stellen Sie die kommunalen Rechte bei der Planung der digitalen Infrastruktur, wie sie in § 7a der 26. BImSchV und weiteren Bestimmungen festgelegt sind, verkürzt dar und legen den Kommunen nahe, nicht zu handeln, ihre Rechte nicht wahrzunehmen und den kommerziellen Interessen der Mobilfunkbetreiber zuzustimmen. Die Rechte der Kommunen sind aktuell dargestellt im Artikel von Nitsch/Weiss/Frei in der Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht 22/2020 und in den Artikeln des Juristen Bernd I. Budzinski. Diese Rechtspositionen und Handlungsmöglichkeiten zu unterschlagen, ist unseriös.
3. Sie erwecken den Eindruck, dass kommunale Entscheidungsträger, die ein Mobilfunkkonzept auf der Grundlage der rechtlichen Möglichkeiten und der Risiken der Mobilfunktechnologie einfordern, Verschwörungstheoretiker seien. Sie unterschieben ihnen und den Bürgerinitiativen Positionen, die sie nicht vertreten und kreieren ein Zerrbild, an dem sie sich abarbeiten. Diese Methode ist mehr als befremdlich.
4. Sie stellen die Studienlage durchweg verfälscht dar und ignorieren die offiziellen Dokumente, die Risiken nachweisen und ein regulatorisches Eingreifen fordern.

Die Kommunen haben weitgehende Rechte bei der Steuerung der digitalen Infrastruktur. Von den Mobilfunkbetreibern wird ihnen aber eingeredet, sie sollten auf diese Rechte verzichten, weil kein Regelungsbedarf bestehe. Diese rechtswidrige Position unterstützt Ihr Artikel. Ich fordere Sie auf, diese Fehlinformationen baldmöglichst zu korrigieren.

{ Die komplette Fassung des Briefes finden Sie unter: [www.diagnose-funk.org/1780](http://www.diagnose-funk.org/1780)



Zeitschrift Kommunal  
Faksimile

Deutscher Städtetag lehnt Forderung des Telefónica-Chefs ab.

## „Erst bauen, dann genehmigen“ Telefónica-Chef Markus Haas startet Versuchsballon



Unter dem Titel „Erst bauen, dann genehmigen. Telefónica-Chef Markus Haas über unkonventionelle Vorschläge im Kampf gegen Funklöcher, Erwartungen an die neue Regierung und über 5G“ veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung ein Interview, in dem Markus Haas – der auch im Bitkom-Präsidium ist – die Freistellung des Aufbaus der Mobilfunkinfrastruktur von gesetzlichen Regelungen fordert. Die Industrie will, dass alles nach ihren Regeln läuft.

„Wir stecken in einem Regelungskorsett“, beklagt Markus Haas. Es gibt nur ein Korsett, das geltende Recht. Das Recht der Kommune, innerhalb von 8 Wochen eine Standortanfrage für eine Sendeanlage zu überprüfen, ggf. nach § 7a Bundes-Immissionsschutzverordnung (BImSchV) ein Dialogverfahren über alternative Standorte zu eröffnen und ein Mobilfunkkonzept zu beschließen, ist juristisch gesichert. Das ist Haas zu viel kommunale Demokratie. Haas formuliert es frank und frei:

> „Wir wünschen uns eine Freistellung der Mobilfunkstandorte ... Das heißt: Wir dürfen einen Mobilfunkstandort entlang einfacher, übergeordneter Regelungen an geeigneten Standorten bauen, und er wird erst danach abschließend genehmigt. Wenn die Genehmigung nicht erteilt werden kann, bauen wir den Standort zurück. Das Risiko liegt also vollständig bei uns. Das Vorgehen würde uns einen ordentlichen Boost geben und den Ausbau deutlich beschleunigen, weil wir nicht mehr sehr lange auf jede Einzelgenehmigung warten müssen. Das könnte man übrigens auch bei Windrädern so machen.“

Wir bauen erst mal, schaffen vollendete Tatsachen. Tesla in Brandenburg sei doch da vorbildlich! Besorgt fragt die Süddeutsche Zeitung: „Aber damit würden die Mitspracherechte von Kommunen und Anwohnern einfach ausgehebelt.“ Keine Antwort darauf von Haas. Er gibt sich selbstsicher. Warum, darüber gibt eine Stelle im Interview aufschlussreich Auskunft:

> „SZ: Glauben Sie, dass das ausgerechnet unter einem grünen Wirtschaftsminister umzusetzen ist?“

> Haas: Warum nicht? Wir müssen dringend etwas ändern, um die Ziele zu erreichen. Aber es gibt natürlich auch große Unterschiede: Wenn Sie mit Politikern auf Bundesebene sprechen, ist die Sache klar. Wenn Sie auf kommunaler Ebene reden, wird es naturgemäß kleinteiliger. Das ist bei allen Parteien ähnlich.“

Im Klartext: Mit der Bundesregierung wurde dieser Vorstoß zur Entrechtung der Kommunen bereits besprochen. Das Lobbying war offensichtlich erfolgreich. Auf der ersten Klausur der Bundesregierung scheint diese Entrechtung auch schon Thema gewesen zu sein:

> „Beim Thema beschleunigter Planungs- und Verwaltungsverfahren wurde nach Auskunft von Finanzminister Christian Lindner (FDP) erst einmal „gesammelt“, mit welchen Maßnahmen die Infrastruktur der Zukunft schneller gebaut werden kann.“ (Stuttgarter Zeitung, 22.1.22)

Übrigens: Der Deutsche Städtetag ist gegen den Vorschlag von Markus Haas, da „schneller Netzausbau nur mit hoher Akzeptanz in der Bevölkerung einhergehen könne.“

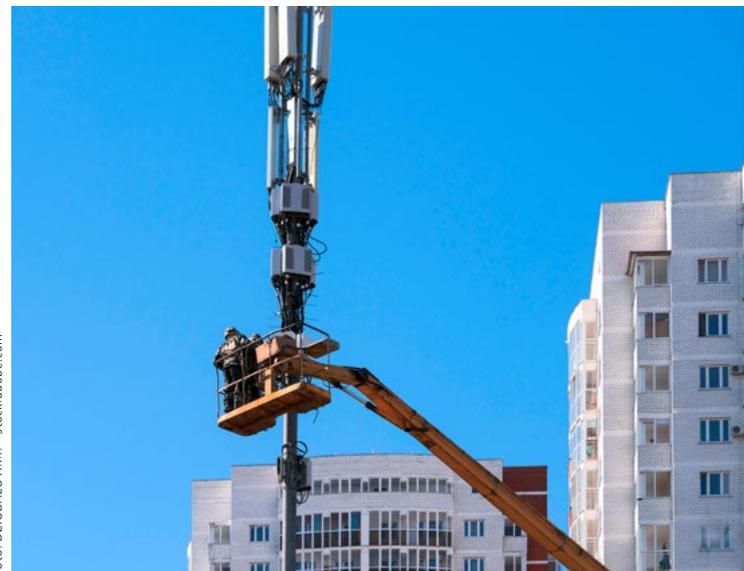
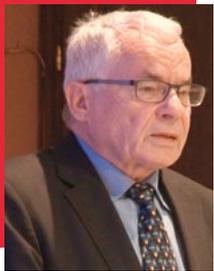


Foto: DZUBALO R.M. - stock.adobe.com

Kommentar von Bernd I. Budzinski, ehemaliger Richter und Leiter des Bauamtes Lörrach

## Mobilfunkbetreiber als „Schwarzbauer“?

Die Bürgerinitiativen müssen sich nun beraten, wie diese Pläne der Mobilfunkbetreiber auf Genehmigungsfreiheit ein Versuchsballon bleiben. Dazu fragten wir den Juristen, ehemaligen Richter und Leiter des Bauamtes Lörrach, Bernd I. Budzinski. Er schickte uns den folgenden Kommentar:



Bernd I. Budzinski

„Wir wollen Mobilfunksender typenartig sofort errichten und erst danach genehmigen lassen!“

Das sagt sinngemäß der TELEFÓNICA-Chef und er scheint sich seiner Sache sicher: „Wenn Sie mit Politikern auf Bundesebene sprechen, ist die Sache klar,“ meint CEO Haas. Aber er vergisst die Landespolitiker. Die Länder sind nämlich für das Bauordnungsrecht, wo die Genehmigungspflicht oder -freiheit von baulichen Anlagen geregelt wird, allein zuständig. Und er schweigt des Weiteren nicht ohne Grund im Interview, wenn es um die Mitwirkungsrechte der Gemeinden geht.

Diese sind in der Verfassung garantiert (Art. 28 GG). Die Gemeinden dürfen deshalb eigene Mobilfunkkonzepte für die Platzierung der Mobilfunkmasten und auch bis zu einem gewissen Grad der Gestaltung der Funkversorgung durch Bebauungspläne entwickeln. Das ist höchstrichterlich bestätigt und wird tatsächlich auch umgesetzt, zum Teil mit ‚einstimmigen Gemeinderatsbeschlüssen‘. Jüngstes Beispiel: Siegsdorf in Bayern.

Der § 7a der 26. Bundes-Immissionsschutzverordnung schließlich gesteht den Gemeinden unter gewissen Bedingungen sogar das Recht zu, auch ohne Bebauungsplan Alternativstandorte für Mobilfunkmasten vorzuschreiben. Und schließlich dürfen auch die Nachbarn Rechtsmittel gegen den Bau der Masten einlegen, die bisweilen 30 Meter hoch sind oder als Kleinzelle im Garten hinter dem Haus direkt in ihr Schlafzimmer senden sollen.

Wo sieht CEO Haas nun hier rechtlich die Möglichkeit, durch Übergehen all dieser Mitwirkungsrechte quasi – behördlich geduldet – „schwarz“, d. h. ohne vorher erteilte Baugenehmigung, zu bauen? Die Antwort darauf ersetzt er durch den Hinweis auf den „Sündenfall“ ‚TESLA‘. Dort waren aber keine Mitwirkungsrech-

te betroffen oder übergangen worden. Und ein derart momentaner Einzelfall in einem einzigen Bundesland lässt sich nicht auf Jahre hinaus auf das ganze Bundesgebiet übertragen, ohne das bisher sehr bewährte Baurecht in seiner Eigenschaft als ‚präventives Bauverbot mit Erlaubnisvorbehalt‘ ganz abzuschaffen. Den nächsten Schritt nennt Haas ja schon selbst: „Das könnte man übrigens auch bei den Windrädern so machen!“

Das Gegenteil tut not: Eine rechtzeitige Abstimmung wird für die gestiegenen Anforderungen des Umweltschutzes in der engen und dicht besiedelten Bundesrepublik zunehmend notwendig. Das gilt erst recht für den Mobilfunk mit 5G, dessen Stromverschwendung und gesundheitliche Unverträglichkeit immer mehr zu Tage treten. Gerade diese entscheidenden Kriterien sollen aber im Vorschlag von CEO Haas bei der angeblich ausreichenden ‚hauseigenen Prüfung‘ aller Gesichtspunkte des 5G-Roll-Out – außer „Naturschutzgebieten“ – nicht im Mindesten Berücksichtigung finden – wie schon bisher nicht. Und wer ist schließlich schon so naiv, den ‚Rückbau‘ aller „schwarz“ gebauten Masten wegen nachträglich auftauchender „Probleme“ zu erwarten, wenn diese bereits stehen und vielleicht zur Freude aller Nutzer senden?

Dabei könnte es für die Mobilfunkbetreiber ganz einfach laufen: Sie unterstützen die Gemeinden bei der Aufstellung ihrer Mobilfunkkonzepte und erhalten die sofortige Baufreigabe, wenn sie das Netz so planen, wie dort – auch unter Berücksichtigung ihrer Belange – vorgesehen. Bislang muss jedoch gegenüber derartigen Ansinnen gelten:

**Gemeinden wehrt Euch! Es geht um die Wahrung Eurer Autonomierechte und die Vorsorge für die Gesundheit Eurer Bürgerinnen und Bürger sowie den Schutz von Umwelt und Klima!**

} Mehr Informationen: [www.diagnose-funk.org/1790](http://www.diagnose-funk.org/1790)

## Neuer Brennpunkt: Wie die Telekommunikationsindustrie die Politik im Griff hat!

diagnose:funk legt in diesem Brennpunkt eine Recherche zur Lobbyarbeit der Mobilfunkindustrie und BITKOM-Branche zur Digitalisierung vor, basierend auf der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Beziehungen von Telekommunikationsunternehmen zur Bundesregierung“ (Bundestagsdrucksache 18/9620). Die Bundestagsdrucksache ist ein aufschlussreiches Dokument über den Ablauf von Entscheidungsprozessen in der Berliner Politik, über die Rolle des Parlamentes und vor allem auch eine Antwort auf die Frage vieler Bürgerinitiativen, warum sich in der Regel Konzerninteressen in der Politik durchsetzen. Wir haben die Fakten der Drucksache analysiert, kommentiert und in sechs Grafiken umgesetzt.

Im Zeitraum von 2,5 Jahren, von 2014 bis Juni 2016, den die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage dokumentiert, fanden 234 Treffen auf politischer Spitzenebene zwischen Regierung und BITKOM-Industrie statt, zwischen MinisterInnen, StaatssekretärInnen und CEOs. Spitzenreiter ist der ehemalige Verkehrs- und Infrastrukturminister Dobrindt (CSU) mit 23 Terminen, seine Staatssekretäre hatten 27 Termine, gefolgt von Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) mit 19 Terminen und 43 seiner Staatssekretäre. Der ehemalige SPD-MdB Marco Bülow liefert auch die Erklärung, warum nahezu täglich solche Spitzengespräche stattfinden:

„Die Regierungen handeln Gesetze mit Lobbyisten und nicht mit Parlamenten oder gar der Bevölkerung aus.“

Zu den 234 Spitzentreffen traf man sich noch 103-mal bei Veranstaltungen der BITKOM-Industrie wie Festakten, Sommerfesten, Foren, Mittagessen und Frühstück, in Summe also 337-mal. Demgegenüber gab es in den letzten 15 Jahren nach unserer Kenntnis ein einziges – ergebnisloses – Treffen im Umweltministerium zwischen mobilfunkkritischen Ärzten und der Staatssekretärin Schwarzlühr-Sutter. Fakt: 234:1 Termine. Im Berichtszeitraum gab es von der BITKOM-Branche 83 Eingaben zu Gesetzesvorhaben und 77 Positionspapiere an Bundesministerien.

Es gibt aber sicher auch Bundestagsabgeordnete, die diesen Profitlobbyismus ablehnen. Deshalb ermuntern wir die Bürgerinitiativen und alle Aktiven, gebt euren MdBs vor Ort diesen Brennpunkt und fragt sie, ob sie bereit sind, den NGOs, den Bürgerbewegungen und ihren Alternativen im Bundestag Gehör zu verschaffen.

Dieser Brennpunkt macht eines klar: mit dieser Heerschar an Lobbyisten und ihrem Millionenetat, können die Bürgerinitiativen und NGOs nicht konkurrieren. Ihre Stärke liegt vor Ort, auf die Bürgerinitiativen und selbstbewusste Kommunen kommt es mehr denn je an. (Rechts: Grafik aus dem Brennpunkt)

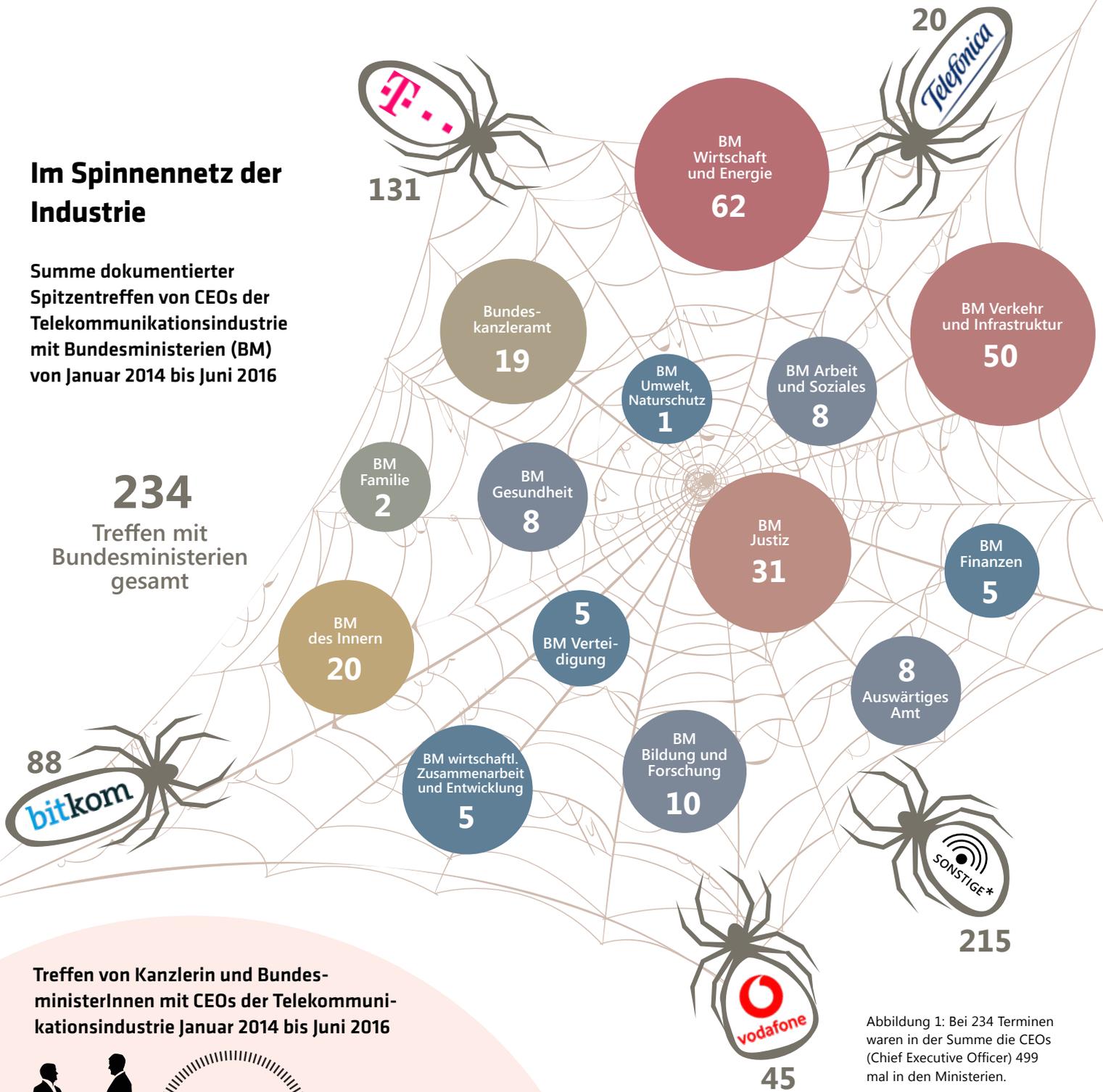
**Der Brennpunkt steht zum Herunterladen auf:  
[www.diagnose-funk.org/1788](http://www.diagnose-funk.org/1788)**



# Im Spinnennetz der Industrie

Summe dokumentierter Spitzentreffen von CEOs der Telekommunikationsindustrie mit Bundesministerien (BM) von Januar 2014 bis Juni 2016

**234**  
Treffen mit Bundesministerien gesamt



## Treffen von Kanzlerin und BundesministerInnen mit CEOs der Telekommunikationsindustrie Januar 2014 bis Juni 2016



Abbildung 2: Quelle: Bundestagsdrucksache 18/9620  
Grafik: diagnose:funk

Verkehrsminister Dobrindt	23
Wirtschaftsminister Gabriel	19
Bildungsministerin Wanka	8
Bundeskanzlerin Merkel	8
Innenminister de Maiziere	8
Außenminister Steinmaier	8
Gesundheitsminister Gröhe	7
Arbeitsministerin Nahles	5
Justizminister Maas	3
Finanzminister Schäuble	3
Verteidigungsministerin von der Leyen	1
Umweltministerin Hendricks	1

Abbildung 1: Bei 234 Terminen waren in der Summe die CEOs (Chief Executive Officer) 499 mal in den Ministerien.

\* Sonstige Teilnehmer: VATM, BITMi, BUGLAS, 1&1 Internet AG, BREKO, United Internet, EWE u.a.. Quelle: Bundestagsdrucksache 18/9620, Grafik: diagnose:funk.

Eine Aktion von diagnose:funk

## Buchgeschenk für das Dialogbüro 5G der Bundesregierung und das Bundesamt für Strahlenschutz



Jörn Gutbier und Peter Hensinger bringen das Buchgeschenk zur Post

**diagnose:funk schickte als Geschenk das Buch „Weltrisikogesellschaft“ des Soziologen Ulrich Beck an das Dialogbüro 5G der Bundesregierung und an das Bundesamt für Strahlenschutz. Anlass war die Absage ihrer Beteiligung an einer Podiumsdiskussion, weil auch ein diagnose:funk-Vertreter eingeladen sei. Das führe zu einer „false balance“, weil diagnose:funk keine wissenschaftliche Kompetenz habe.**

In dem Artikel „Dialogbüro 5G der Bundesregierung: Störfall Bürgerengagement. Der Absturz vom Dialog zum Monologbüro“ setzen sich Jörn Gutbier und Peter Hensinger mit diesem Vorgang auf der Grundlage der Beck'schen Gesellschaftsanalyse auseinander. Beck analysiert in seinem Buch eine solche Politik staatlicher Arroganz und weist dem informierten, kritischen „Laien“ als Akteur für eine lebenswerte Zukunft eine zentrale Bedeutung zu. Wir hoffen, dass die Lektüre dieses Buches und Artikels dazu beiträgt, dass die vom Dialogbüro mitgeteilte Entscheidung unter einer neuen Bundesregierung in den Ämtern keinen Bestand mehr hat. In dem Artikel schreiben Gutbier/Hensinger:

„Auf Diskussionsveranstaltungen sind Behördenvertreter zunehmend im Argumentationsnotstand – out of balance – angesichts faktenbasierter wissenschaftlicher Kritik. Bürger, die sich Fachwissen aneignen, eine Meinung bilden und nachfragen, sind unbequem. Und Referenten, die die Mobilfunk-Studi-

enlage erläutern, ein rotes Tuch. Um diesen „Störfall Bürgerengagement“ zu vermeiden, erklärt man nun Bürger und NGOs für inkompetent und versucht sie auszuschließen.

### **Der Soziologe Ulrich Beck über die „organisierte Unverantwortlichkeit ...“**

Diese Versuche, sich die Bürgerkritik vom Leib zu halten, hat Ulrich Beck als ein Grundübel analysiert. Sogenannte Akzeptanzmanager versuchen zunächst, Bürgerkritik einzubinden. Das sollte mit der Dialoginitiative 5G geschehen, man wollte die Deutungshoheit zurückgewinnen, doch das ist krachend gescheitert. Nun will man offensichtlich zur Ausgrenzung übergehen, so wie es Beck vorzeichnete:

> „Die Normalreaktionen von Industrie und Politik sind das Abblocken von Forderungen nach wirkungsvollen Veränderungen und die Verurteilung des trotz offizieller Beschwichtigungen ausbrechenden Proteststurms

als ‚irrational‘ und ‚hysterisch‘... Die Rechtsordnung stiftet keinen sozialen Frieden, weil sie die Lebensbedrohungen – und zugleich die Bedrohungen der Politik – verallgemeinert und legitimiert“ (S. 174/175).

Den Staat als „Legitimationsorgan“ (Beck) von Industrieinteressen haben wir in den letzten Jahren dutzendfach erfahren, bei der Klimakrise, der Genehmigung von Pestizideinsätzen in der Landwirtschaft, bei der Endlagersuche, Antibiotika in der Massentierhaltung, beim Rauchen.

Im präzisen Soziologendeutsch beschreibt Beck das Versagen des Staates, dessen eigentlich regulierende Funktion nun dem kritischen Bürger zufalle:

> „Die drei Säulen der Sicherheit erodieren – der Staat, die Wissenschaft, die Wirtschaft versagen bei der Erzeugung von Sicherheit – und ernennen den „selbstbewussten Bürger“ zu ihrem rechtmäßigen Erben.“(S.93) „Selbstverständlich ist ... das öffentliche

Wissen um die Risiken häufig kein Experten-, sondern ein Laienwissen, dem die gesellschaftliche Anerkennung verweigert blieb“ (S.163).

Der gebildete „Laie“, der Bürger, der nicht im Geflecht von Profit, Drittmittelakquise und Karriereinteressen gefangen ist, bekommt als Akteur für eine lebenswerte Zukunft eine zentrale Bedeutung. So wie es Ulrich Beck bereits 2007 prophezeite und die Europäische Umweltagentur (EUA) schon 2002 forderte. Um diese Wissenslücke des Dialogbüros 5G zu schließen, hat diagnose:funk ihm ein Exemplar von Becks „Weltrisikogesellschaft“ nach Berlin zugeschickt. Im festen Glauben an die Lernfähigkeit eines jeden Menschen, auch denen in der Filterblase der Berliner Politik. Ein weiteres Exemplar wurde an die Präsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz gesandt.“

Das ausführliche Schreiben steht unter:  
[www.diagnose-funk.org/1772](http://www.diagnose-funk.org/1772)

## Ein gescheiterter Bestechungsversuch?

### Bundesregierung: Dialogbüro 5G sendet diagnose:funk-Geschenk zurück!

Die Abteilungsleiterin des Referates DG16 im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Alexandra Mause, zuständig für die 5G-Dialogoffensive, schickte unser Buchgeschenk zurück mit einem Begleitbrief:

„Ich bitte jedoch um Verständnis, dass ich Ihnen das Buch, das Sie mir damit zugesendet haben, zurücksenden muss. Aufgrund der Verpflichtung des Öffentlichen Dienstes zur Neutralität dürfen Belohnungen oder Geschenke grundsätzlich nicht angenommen werden ... Ich möchte an dieser Stelle deutlich darauf hinweisen, dass eine Teilnahme an der geplanten Veranstaltung nicht abgesagt wurde, sondern dass das Dialogbüro um eine Verschiebung gebeten hatte. Dass wir uns dem Dialog nicht verschließen, zeigt die Zahl der Veranstaltungen, die auch in den vergangenen Wochen deutschlandweit stattgefunden haben.“ (10.12.2021)  
 Das Büro sei offen für einen weiteren Dialog.

„Die Botschaft hör´ ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, lässt Goethe den depressiven Faust sagen (Faust I, Vers 765). Das BMVI hatte in den letzten Jahren hunderte Spitzengespräche mit der Telekommunikationsindustrie, aber keinen uns bekannten Dialog mit digitalisierungskritischen Organisationen. Nun, vielleicht ändert sich das unter dem neuen FDP-Minister? Angesichts der FDP-Ideologie `Digital First. Bedenken Second` wäre das eine Überraschung. Nehmen wir das Ganze positiv: Eine gute preußische Beamtentugend formuliert Frau Mause. Man lässt sich weder materiell von Geld, einer Flasche Wein noch mental von einem Buch von seiner bisherigen Haltung abbringen. diagnose:funk hat ein Exemplar von Becks "Weltrisikogesellschaft" ins Ministerium geschickt im festen Glauben an die Lernfähigkeit eines jeden Menschen, auch denen in der Filterblase der Berliner Politik. Faust sagt im selben Vers zum Chor der Engel, der die Auferstehungsbotschaft verkündet: „Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind.“

Neue Studie des World Future Council warnt:

# Digitalisierung ist ein Klimakiller!



Studie des Think Tanks World Future Council „Wie kann das verbliebene CO<sub>2</sub>-Budget gerecht auf die Weltbevölkerung aufgeteilt werden?“



Graffiti an einem Stuttgarter Jugendhaus: Ihr macht unsere Zukunft kaputt

In der neuen Studie des Think Tanks World Future Council (WFC) „Wie kann das verbliebene CO<sub>2</sub>-Budget gerecht auf die Weltbevölkerung aufgeteilt werden? Zur Problematik zusätzlicher globaler Energieverbräuche bei begrenztem CO<sub>2</sub>-Budget und endlichen Ressourcen“ von Matthias Kroll werden einige Hauptklimakiller detailliert analysiert: der Auto- und Luftverkehr, die Landwirtschaft, Fleischkonsum, Zementproduktion und ganz prominent: Die Digitalisierung und 5G. Die Studie zeigt aber auch, wie bei einem Umsteuern in der Politik die Katastrophe noch verhindert werden könnte. Die Studie des WFC fordert zu jedem Digitalisierungsprojekt einen ökologischen Fußabdruck.

Liest man den Koalitionsvertrag der neuen deutschen Bundesregierung, so sollen all die Projekte beschleunigt werden, die der WFC als Klimakiller identifiziert. Die WFC-Studie weist detailliert nach, dass unter kapitalistischen Vorzeichen die Potentiale der Digitalisierung für Nachhaltigkeit nicht zum Tragen kommen,

weil sie das zerstörerische Wachstum ankurbeln soll und fordert:

> „Es ist extrem wichtig, dass der Globale Norden seine Energienachfrage nicht für viele verschwundene Anwendungen steigen lässt, deren Wohlstandsvermehrungen eher im Bereich des Luxus- und Bequemlichkeitskonsum liegen. Beispiele dafür sind das energieintensive und schnell zunehmende Videostreaming, viele neue 5G-Anwendungen, das Fahren mit zu großen und zu schweren Autos, ein zu hoher Fleischkonsum und zu viele Flugreisen. (S.36) „

Der WFC fordert eine öffentliche Debatte über die Folgen der Digitalisierung: „Neue Technologien, die zu einem Anstieg des Energieverbrauchs führen, müssen von der Energieverbrauchsfolgenabschätzung identifiziert und gegebenenfalls bestmöglich verhindert werden können (S.21).“

{ Mehr dazu auf [www.diagnose-funk.org/1776](http://www.diagnose-funk.org/1776)

## Erste Ergebnisse von Messungen der Strahlenbelastung

# LTE-Masten, 5G-Kleinzellen, WLAN-Hot-Spots – sinkende Belastung?

Liest man in IT-Portalen und Mitteilungen der Mobilfunkindustrie, so wird suggeriert, durch den Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur mit mehr LTE-, 5G-Antennen und WLAN-Hot-Spots werde die Strahlenbelastung sinken. Im achten Mobilfunkbericht der Bundesregierung (2018) wurde prognostiziert: „Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet rasant voran. Dies wird zu einer starken Zunahme der drahtlosen Kommunikation insgesamt, mit vermehrtem Einsatz elektromagnetischer Felder und damit auch zu einer insgesamt höheren Belastung der Bevölkerung führen.“ Im folgenden dokumentieren wir erste Messergebnisse aus Schweden, Frankreich und der Schweiz. Sie bestätigen einen Anstieg der Belastung.

Koppel et al. veröffentlichten ihre Messreihe in Stockholm in der Zeitschrift Environmental Research. Sie untersuchten „ein Gebiet in der Skeppsbron Straße in Stockholm, Schweden, mit einer Ansammlung von Basisstationsantennen, die in geringer Höhe in Kopfnähe der Fußgänger angebracht sind.“ Ergebnis: „Der höchste räumliche Mittelwert über alle Zellen betrug 12,1 V/m (= 388 mW/m<sup>2</sup>, 388.355,438 µW/m<sup>2</sup>), während der höchste aufgezeichnete Messwert auf der gesamten Fläche bei 31,6 V/m (= 2.648 mW/m<sup>2</sup>, 2.648.700 µW/m<sup>2</sup>) lag ... Am dominantesten sind die 2600- und

2100-MHz-Bänder, die von 4G- und 3G-Mobilfunkdiensten genutzt werden.“

Die französische Regierung startete eine Landesweite Messreihe, das Gesamtergebnis: „Die ersten Ergebnisse zeigen einen durchschnittlichen Anstieg der Exposition um 16 Prozent. Dies deutet darauf hin, dass die Gesamtbelastung in Gebieten, in denen das 3,5-GHz-Band eingesetzt wird, langfristig um etwa 20 Prozent zunehmen wird.“

Das sind alles Messungen, bevor die komplette geplante 5G-Infrastruktur in allen europäischen Ländern aufgebaut ist. Zudem nutzten bis jetzt nur wenige Kunden die vermessenen Anlagen, was sich auf die mittlere Sendeleistung auswirkt. Was aber biologisch zählt ist der Spitzenwert, und der steigt exorbitant mit der Nutzung der speziellen Beamforming-Antennen und natürlich auch mit jedem neuen Senderstandort.

## Quellen:

Koppel T, Ahonen M, Carlberg M, Hardell L (2022): Very high radiofrequency radiation at Skeppsbron in Stockholm, Sweden from mobile phone base station antennas positioned close to pedestrians' heads, Environ Res 2022; 208: 112627

ANSES-Bericht „Study of the 5G contribution to exposure of the general public to electromagnetic waves (October 2020 to October 2021)“, Kurzlink: [www.t1p.de/kz3b](http://www.t1p.de/kz3b)

ANFR-Pressemitteilung vom 24. Januar 2022, Kurzlink: [www.t1p.de/qqyw](http://www.t1p.de/qqyw)



**Der Aufbau von Mobilfunkmasten ist seit 25 Jahren begleitet vom Protest hunderter Bürgerinitiativen, im Bild die Initiative Stuttgart (2006)**

Autor Christian Gurtner, K-Tipp Nr.17, 20. Oktober 2021

# Schweiz: Handy-Antennen: Jede fünfte strahlt zu stark



**Schweiz: Viele Mobilfunkantennen überschreiten die zulässigen Strahlungswerte, wenn sie ans Netz gehen. Telecomfirmen mussten seit 2018 bei über 250 Antennen die Strahlung reduzieren. Dies zeigen Messdaten aus 16 Kantonen, die der K-Tipp ausgewertet hat.**

Wie stark bestrahlen die neu aufgestellten 4G- und 5G-Handyantennen von Swisscom, Salt und Sunrise die Umgebung tatsächlich? Um dies herauszufinden, lassen die Kantone bei jeder neuen Antenne entsprechende Messungen durchführen. Der K-Tipp wertete die kantonalen Messberichte der Jahre 2018 bis 2021 aus, die zugänglich waren. Die Kantone Luzern, beide Basel, Genf, Tessin und Waadt gewährten dem K-Tipp keine Einsicht. In St. Gallen und Glarus sind die einzelnen Gemeinden dafür zuständig.

Ergebnis der Auswertung: Sehr viele Antennen strahlen zu stark und verletzen geltende Grenzwerte. Der Strahlungsgrenzwert in Büros, Schulen und Wohnhäusern liegt bei 5 Volt pro Meter. Total überschritten bei den Messungen 256 von rund 1300 Antennen den Strahlungsgrenzwert – das sind fast 20 Prozent oder jede fünfte gemessene Antenne. Laut den Berichten stellten die Messfirmen immer wieder Werte bis 11 Volt pro Meter fest.

Welche Auswirkungen die Strahlung von Handyantennen auf die Gesundheit hat, ist umstritten. Fest steht: Die Strahlung erwärmt das Körpergewebe und verändert die Hirnströme. Und beides wird unter anderem laut der internationalen Krebsforschungsagentur IARC in Lyon (F) mit der Entwicklung von Krebs in Zusammenhang gebracht.

## Negativrekord für Antenne in Saas-Fee

Am meisten Grenzwertverstöße der grösseren Kantone gab es in den letzten drei Jahren prozentual im Wallis: 26 von 96 neuen Antennen strahlten dort zu stark – das sind 27 Prozent. Überdurchschnittlich viele Überschreitungen gab es auch in den Kantonen Bern, Freiburg und Zug. 2018 strahlte im Kanton Bern mehr als jede zweite neue Antenne zu stark: 19 von 34 Antennen. Auffällig: Je öfter Kantone die Handystrahlung messen lassen, umso mehr Grenzwertverstöße stellen sie fest – etwa im Kanton Wallis. Bei einer Antenne in

Saas-Fee VS massen Kontrolleure 23,79 Volt pro Meter. Das ist fast das Fünffache des zulässigen Werts.

Wenn eine neue Handyantenne zu stark strahlt, muss der Betreiber die Strahlung innert 24 Stunden reduzieren. Einzelne Kantone räumen den Telecomkonzernen jedoch eine ganze Woche ein – bis sie die geltenden Grenzwerte einhalten müssen.

## Messungen nicht in allen Kantonen publik

Rebekka Meier vom „Verein Schutz vor Strahlung“ hält die vielen Überschreitungen für „erschreckend“: „Das zeigt, dass die Mobilfunkfirmen nicht nur an die Grenze gehen – sondern auch darüber hinaus.“ Sie kritisiert, dass sich die Behörden oft weigern, die Berichte den Anwohnern herauszugeben.

## Wallis mit den meisten Grenzwertverstößen

Kanton	Anteil der Antennen mit Grenzwertüberschreitungen	Höchster Messwert in V/m (Grenzwert 5 V/m)
AG	21 %	8
AI	0% <sup>1</sup>	0,51
AR	29 %	6,86
BE	24 %	7,49
FR	25 %	8,60
GR	10 %	8,67
NE	23 %	10
NW	14 %	7,24
OW	0% <sup>1</sup>	2,97
SH	0,1 % <sup>1</sup>	4,99
SO	19 %	6,61
TG	8 %	7,05
UR	0% <sup>1</sup>	4,84
VS	<b>27 %</b>	<b>23,79</b>
ZG	25 %	7,28
ZH	8 %	11,10

<sup>1</sup> Geringe Anzahl Antennen (AI 1, OW 3, SH 5, UR 15)

Selbst die Behörden sind irritiert: Ulrich Nyffenegger, Vorsteher des Berner Amtes für Umwelt und Energie, zeigt sich „sehr überrascht“ von den vielen Missachtungen des Grenzwertes. Es bestehe aber für die Behörde kein Handlungsbedarf, weil die Antennenbetreiber die zu starke Strahlung ja rasch reduzieren würden.

Für die Telecomfirmen sind die Grenzwertüberschreitungen kein Problem. Sunrise UPC schreibt dem K-Tipp: „Abnahmemessungen gehören zur normalen Überprüfung einer Anlage.“ Die Prognose der Strahlung vor der Installation einer Antenne könne „nicht allen Feinheiten Rechnung tragen“. So argumentiert auch Salt. Swisscom gibt zu, dass Betreiber ans Limit gehen: „Zur bestmöglichen Versorgung eines Gebiets müssen wir die verfügbare Leistung einer Antenne voll nutzen.“ Aufgrund einer aktuellen Studie fordert der „Verein Schutz vor Strahlung“ eine Senkung des Grenzwerts. US-Forscher fanden heraus, dass bei Ratten schon viel tiefere Handystrahlung als angenommen zu Vorläufererscheinungen von Krebs führt. Ihre Schluss-

folgerung: Vor allem Kleinkinder sind mit den geltenden Grenzwerten zu wenig geschützt.

#### **Anwohner haben Einspracherecht**

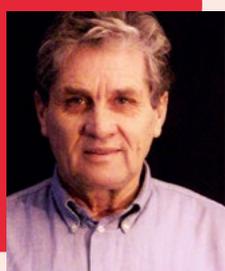
5G-Antennen bündeln die Strahlung wie Scheinwerfer dorthin, wo sich Mobilgeräte befinden. Die Telecomfirmen drückten beim Bund eine neue Regelung durch: 5G-Antennen müssen den Grenzwert nicht mehr ständig einhalten, sondern nur im Durchschnitt über sechs Minuten. Die kantonalen Umweltämter verlangen eine Baubewilligung, gestützt auf ein Gutachten für neue oder umgerüstete Antennen. Vorteil für Anwohner: Sie können sich mit einer Einsprache gegen neue Antennen wehren (K-Tipp 8/2021). Aktuell sind landesweit laut Strahlenschutzorganisationen rund 3000 Einsprachen gegen 5G-Antennen pendent.



Abdruck mit freundlicher Genehmigung der K-Tipp Redaktion

**Niggi Polt, diagnose:funk Schweiz**

## **Grenzwerte: Ist die Schweiz ein Rechtsstaat?**



Niggi Polt, Präsident  
diagnose:funk Schweiz

**Im Allgemeinen schon - aber wenn es um den Ausbau der Mobilfunkkommunikation geht, stößt die Rechtsstaatlichkeit offensichtlich auch in der Schweiz an Grenzen.**

Die Mobilfunkanbieter wollen neue Märkte erschließen und rechtfertigen dies mit überzogenen Versprechungen für potenzielle Nutzungsszenarien. Dazu fordern sie einen schnellen und kostengünstigen Ausbau der 5G-Technologie, was bei Berücksichtigung bestehender Grenzwerte fast nicht möglich ist. Der Experte Hugo Lehmann erwähnte in einem Swisscom internen Bericht, dass infolge der Frequenzerhöhung die Reichweite der Antennen etwa um ¼ kleiner wird, weshalb bei gleichbleibender Anzahl Antennen die 16-fache Leistung notwendig wäre! Und ohne Veränderung der Grenzwerte sind für die 5G-Abdeckung mindestens 15.000 neue Antennen

notwendig!

Zur Erhöhung der Grenzwerte wurde im Bundesparlament die Motion (Antrag) „Modernisierung der Mobilfunknetze raschestmöglich sicherstellen“ lanciert, welche in der Bevölkerung heftigste Reaktionen auslöste, da, wie auch ein Newsletter der BERENIS im Frühjahr 2021 nachträglich bestätigte, bereits bei den bestehenden Grenzwerten zu erwarten sei, „[...] dass bei Individuen mit ... Vorschädigungen vermehrt Gesundheitseffekte auftreten.“

**Im Ständerat wurde, sicher auch beeinflusst von den heftigen Reaktionen aus der Bevölkerung, die Motion im März 2018 denkbar knapp abgelehnt.**

Die Hoffnung, dass die Mobilfunkindustrie mit all ihren Lobbyisten nun die Technologie, welche zurzeit zu ca. 80% für das Streamen von Filmen genutzt wird, in menschenfreundliche Schranken weisen, war Wunschdenken. Zudem gab und gibt es erstaunlich viele Leute, welche die Untergangsszenarien der PR-Strate-

gen, dass unsere Industrie infolge verpasster Innovationen wie selbstfahrenden Autos und dem Internet der Dinge etc. ins Hintertreffen gerät, tatsächlich glauben.

Entsprechend gibt es eine Basis und breite Akzeptanz für Lug und Trug. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) wusste dies zu nutzen und behauptete, dass 5G-Antennen, dank ihren fokussierten Beams durchaus stärker strahlen dürfen und trotzdem die Grenzwerte einhalten.

Dazu sei erwähnt, dass die Analysen des ETH Ing. Thomas Fluri beweisen, dass adaptive Antennen mit höheren Sendeleistungen als ausgewiesen operierten und die tatsächliche Belastung der Anwohner um Faktoren höher liegt. Die weitverbreitete Vorstellung von einem „zielgerichteten Beam“ zwischen Basisstation und Smartphone ist irreführend! Bei 5G-Antennen ist die Anzahl abgestrahlter Beams variabel und die Verbindungswege sind unbekannt. Deshalb sind die herkömmlichen Berechnungen mit Antennendiagrammen vollkommen untauglich.

Wie im „Kompakt 2021/2“ erwähnt, veröffentlichte das BAFU eine Vollzugsempfehlung zur „Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung“ (NISV). Diese empfiehlt, dass, trotz den bereits massiv überschrittenen Grenzwerten, eine bis zu 10-mal höhere Sendeleistung als bisher bewilligt zuzulassen sei. Und zudem sei nicht mehr der Effektivwert der Feldstärke zu messen, sondern ein Mittelwert über 6 Minuten!

### **Grenzwerverhöhung wird vertuscht**

Am 17.12.2021 hat der Bundesrat nun, vermutlich als Weihnachtsgeschenk an die Mobilfunkanbieter und deren Profiteure, die oben erwähnte Vollzugsempfehlung mit den Worten „Adaptive Antennen: Der Bundesrat schafft Klarheit und erhöht die Rechtssicherheit“ verbindlich in der NISV verankert und absegnet. Dabei wird unverschämte behauptet: „Insbesondere legt er [der Bundesrat] fest, dass die Anwendung eines Korrekturfaktors auf bestehende adaptive Antennen nicht als Änderung der Anlage gilt. (...) Mit dieser Entscheidung werden die Grenzwerte (...) nicht gelockert, und das heute geltende Schutzniveau bleibt erhalten.“ Es wird auch erwähnt, dass der 6-Minuten-Mittelwert sicher eingehalten werde. Außer den Mobilfunkanbietern wird allerdings kaum jemand in der Lage sein, dies zu überprüfen!

In einem Antwortschreiben auf unseren Brief an die zuständige Bundesrätin Sommaruga war unter anderem folgendes zu lesen: „Dank der Fähigkeit

der adaptiven Antennen, die Strahlung dorthin zu fokussieren, wo sich das verbundene Mobiltelefon befindet, liegt die Strahlenbelastung in ihrer Umgebung im Durchschnitt tiefer als bei konventionellen Antennen. (...) [Deshalb] darf bei ihnen ein Korrekturfaktor auf die bewilligte maximale Sendeleistung angewendet werden. Dieser erlaubt adaptiven Antennen, über kurze Zeit mehr als diese maximale Sendeleistung zu strahlen“. Und als Schlussbemerkung: „Der Immissionsgrenzwert schützt vor den wissenschaftlich nachgewiesenen Gesundheitsauswirkungen. Der vorsorgliche Gesundheitsschutz bleibt somit gewahrt.“

### **Fazit:**

- > Adaptive Antennen dürfen kurzfristig die bisher bewilligte Sendeleistung bis 10-fach überschreiten.
- > Nicht mehr der Effektivwert, sondern ein 6-Minuten-Mittelwert ist maßgebend.

### **Offensichtliche Lügen:**

- > „Mit dieser Entscheidung werden die Grenzwerte, die für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zentral sind, nicht gelockert, und das heute geltende Schutzniveau bleibt erhalten“.
- > „Der Immissionsgrenzwert schützt vor den wissenschaftlich nachgewiesenen Gesundheitsauswirkungen. Der vorsorgliche Gesundheitsschutz bleibt somit gewahrt“.
- > „[Die automatische Leistungsbegrenzung] stellt sicher, dass adaptive Antennen, gleich wie konventionelle Antennen, Orte wie Wohnungen, Schulen, Spitäler oder Kinderspielflächen im Maximum nur bis zu einem Zehntel des Immissionsgrenzwertes belasten“.

### **Nachweislich falsche Behauptung:**

- > „Dank der Fähigkeit der adaptiven Antenne, die Strahlung dorthin zu fokussieren, wo sich das verbundene Mobiltelefon befindet, liegt die Strahlenbelastung in ihrer Umgebung im Durchschnitt tiefer als bei konventionellen Antennen.“

In der Regel sind viele bis sehr viele Endgeräte mit der Antenne verbunden. Und dass adaptive Antennen „die Strahlung dorthin fokussieren, wo sich das verbundene Mobiltelefon befindet“, ist eine absolute Ausnahmesituation und erweckt den Eindruck, dass die Umgebung des verbundenen Gerätes nicht bestrahlt wird. Zudem ist offensichtlich, dass im Bereich von entsprechenden Endgeräten Personen von diesen „Beams“ höher als grenzwertig bestrahlt werden.

Ein Bericht von Hans Schmidt, diagnose:funk

## „BayernWLAN“ in Straßenlaternen: die Kommunen sind gefragt



Hans Schmidt

Die Bayerische Staatsregierung wirbt bei den Kommunen für ein „freies WLAN für alle“. Der Freistaat hat, Stand 11/2021, schon über 30.000 kostenfreie BayernWLAN-Hotspots in Betrieb. „Damit ist der Freistaat Nr. 1 unter den Flächenländern in Deutschland. Im Fokus stehen dabei vor allem

Kommunen, touristische Highlights, Hochschulen und Behördenstandorte. Künftig werden insbesondere die ländlichen Gemeinden tatkräftig beim Aufbau von digitaler Infrastruktur unterstützt,“ schreibt das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung.

Risiken und Nebenwirkungen werden unterschlagen. Die geltenden Grenzwerte stehen auf tönernen Füßen. Deshalb sollten die Kommunen alles tun, um ihre Bürgerschaft zu schützen. Und sie müssen gefragt werden, denn das „Straßenmobiliar“ (Straßenlaternen, Ampeln, Litfaßsäulen, etc.) steht im öffentlichen Raum und die Kommune ist üblicherweise der Grundbesitzer. Sie muss also die Genehmigung zur Installation von BayernWLAN erteilen.

Zudem hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass die Kommune zu beteiligen ist, auch wenn es um die Installation von Mobilfunkstationen sehr kleiner Leistung geht (BVerwG 2012, 4 C 1.11):

> „Sie (die Gemeinden) dürfen Standortplanung auch dann betreiben, wenn bauliche Anlagen nach den maßgeblichen immissionsschutzrechtlichen Maßstäben – hier den Grenzwerten der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BlmSchV) – unbedenklich sind.“

„Allerdings dürfen die Träger der Bauleitplanung sich nicht an die Stelle des Bundesgesetz- oder -verordnungsgebers setzen; daher sind sie beispielsweise nicht befugt, für den gesamten Geltungsbereich eines Bauleitplans direkt oder mittelbar andere (insbesondere niedrigere) Grenzwerte festzusetzen. In diesem Sinn wäre eine eigene ‚Vorsorgepolitik unzulässig‘.“ Die Gemeinden dürfen also sog. „Vorsorgegrenzwerte“ festsetzen, allerdings nur für Teile eines Bebauungsplans.

- > Dieses Urteil führte zur Einfügung des § 7a in die 2. Bundes-Immissionsschutzverordnung: „Die Kommune, in deren Gebiet die Hochfrequenzanlage errichtet werden soll, wird bei der Auswahl von Standorten für Hochfrequenzanlagen, die nach dem 22. August 2013 errichtet werden, durch die Betreiber gehört. Sie erhält rechtzeitig die Möglichkeit zur Stellungnahme und zur Erörterung der Baumaßnahme. Die Ergebnisse der Beteiligung sind zu berücksichtigen.“
- > Der § 7a führte zum Beschluss der Bund-/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz am 17. und 18. September 2014 in Landshut: „§ 7a enthält Minimalanforderungen, verwehrt es den Betreibern und Kommunen aber nicht, einen höheren Standard zu vereinbaren. Insbesondere wird empfohlen, die im gewerblich betriebenen Mobilfunk bewährte Vorgehensweise auch in anderen Funkanwendungsbereichen anzuwenden.“

Die Vereinigung der Europäischen Umweltmediziner hat 2016 für WLAN einen Peak-Maximalwert am Tag von 10 und in der Nacht von 1 Mikrowatt/m<sup>2</sup> empfohlen. Diese Werte sollten von den Kommunen im Rahmen ihrer Beteiligung vorgegeben werden.

Ganz konkret können die Bürgerinitiativen bei der Gemeinde/Stadtverwaltung im ersten Schritt nachhaken, ob schon eine Anfrage der Staatsregierung bzw. von Vodafone/Bayernwerk/Garderos GmbH (vom Freistaat beauftragtes Planungsbüro) bezüglich dieses Projekts vorliegt, und die oben aufgeführten Informationen zum Stand des Wissens weitergeben. Am besten gleich in Kopie an die Lokalpresse, damit die Angelegenheit nicht unter den Teppich gekehrt werden kann. Gerne steht diagnose:funk mit Rat und Tat zur Unterstützung bereit.

**Hot Spots in Innenstädten führen zu hohen Belastungen**



### Umwandlung von Behördenfunk-Standorten: kommunale Beteiligung einfordern

Vor allem in Bayern gab es vor einigen Jahren starke Proteste gegen die Einführung des Behördenfunks BOS. Dieser Funk hat nie richtig funktioniert, vor allem die Alarmierung der Feuerwehr konnte die Erwartungen nicht erfüllen. Im Zuge der Digitalisierungs-offensive der Bundes- und Landesregierungen sollen nun die BOS-Standorte auch für den kommerziellen Mobilfunk zur Verfügung gestellt werden.

Mit der Umwidmung eines bisher für den hoheitlichen Behördenfunk reservierten Standorts für den kommerziellen Mobilfunk wird eine gewerbliche Nutzung erlaubt, die grundsätzlich von der Kommune zu genehmigen ist. Laut Bundesverwaltungsgericht ist die Kommune bei der Standortfestlegung zu beteiligen; sie kann auch für Teilbereiche von Bebauungsplänen niedrigere zulässige Maximalwerte festlegen (BVerwG 2012, 4 C 1.11).

Es gilt also, die Kommune darauf aufmerksam zu machen, dass sie ein Mitwirkungsrecht, u. a. nach § 7a der Bundesimmissionschutzverordnung hat, das sich auch auf die maximal zulässige Bestrahlung bezieht.

### 450-MHz-Netz: neues, zusätzliches Mobilfunknetz für die Energie- und Wasserwirtschaft

Am 9. März 2021 hat die Bundesnetzagentur den Zuschlag für die Nutzung der 450-MHz-Funkfrequenz an ein Konsortium der Energie- und Wasserwirtschaft erteilt. Mit der Bereitstellung dieser Frequenzen soll ein neues flächendeckendes Funknetz auf Basis der LTE-Technik (4G) in Deutschland aufgebaut werden. Die Strukturen der Energiewirtschaft zählen zu den sog. kritischen Infrastrukturen. Das neue Funknetz soll in der Lage sein, Millionen von Geräten aus den Bereichen Netztechnik, Smart-Meter-Gateways oder Ladeinfrastruktur anzusteuern. Das Kommunikationssystem soll so ausgelegt werden, dass es unabhängig von Stromnetzausfällen zu jeder Zeit betrieben werden kann.

Das Betreiberkonsortium heißt 450connect mit Sitz in Köln und setzt sich zusammen aus vier Gesellschaftern: dem niederländischen Energienetzbetreiber Alliander sowie einem Konsortium regionaler Energieversorger, dem Energieversorger E.ON und der Versorger-Allianz 450, zu der eine Vielzahl meist kommunaler Stadtwerke, Energie- und Wasserversorger unter Beteiligung der EnBW-Tochter Netze-BW gehören. Nach eigener Auskunft versorgen diese Unternehmen zusammen rund 90 % der Fläche Deutschlands mit sog. systemkritischen Infrastrukturleistungen.

Die Standortakquise läuft auf vollen Touren. Da es bei dieser Infrastruktur vor allem um Reichweite geht, versucht 450connect z. B. in Baden-Württemberg über

die Netze-BW potenzielle Kooperationspartner zu finden, die im Besitz hochgelegener Standorte sind. Unter anderem spielen hierbei auch die Alpen- und Wandervereine – die im Besitz von Aussichtstürmen sind – als potenzielle Partner eine Rolle.

#### Kommunal einwirken auf die Standortfindung

Wir raten den lokalen Akteuren, diese Anfragen nicht nebenbei durchzuwinken. Auch diese Infrastruktur unterliegt dem gleichen Rechtsrahmen wie die Standortsuche der kommerziellen Mobilfunkbetreiber. Aufgrund der niederen Frequenz bei 450 MHz können sich diese Mikrowellen gut in hügeligem Gelände ausbreiten und Gebäudehindernisse ohne hohe Verluste durchdringen. LTE-Anlagen sind Dauerstrahler. Darum können und sollten diese entsprechend weit entfernt von Orten empfindlicher Nutzung aufgestellt werden.

- > Frequenz 450 MHz, 2 x 5 MHz Bandbreite (451-456 / 461-466 MHz),
- > LTE-Funknetz (4G), CDMA-Standard
- > Datenrate 1-5 Mbit/s
- > Hohe Gebäudedurchdringung (dämpfen nur ca. 50%)
- > 1.600 Standorte (Entspricht einem Standortraster von 6 bis 10 km)
- > Ziel der Inbetriebnahme Ende 2024

**ElektrosmogReport 4-2021**

# diagnose:funk über neue Mobilfunk-Studien: „Berlin, wir haben ein Problem!“

**Neue Reviews zeigen: Mobilfunk- und WLAN-Strahlung schädigt Zellen, beeinträchtigt männliche Fruchtbarkeit – Vorsorgepolitik nötig!**

Die Umwelt- und Verbraucherorganisation diagnose:funk veröffentlicht in der aktuellen Ausgabe Nr. 4/2021 der Fachzeitschrift ElektrosmogReport sechs neue wissenschaftliche Reviews zum Thema Mobilfunkstrahlung und Gesundheit: Diese Studien geben einen Überblick über den Stand der Wissenschaft zur beeinträchtigten männlichen Fruchtbarkeit sowie zum biologischen Wirkmechanismus von Mobilfunkstrahlung, dem sogenannten oxidativen Stress. Alle Reviews sind peer-reviewed und in namhaften Fachzeitschriften veröffentlicht.

Jörn Gutbier, Vorsitzender von diagnose:funk: „Die Botschaft an die neue Bundesregierung und speziell an die neue Umweltministerin Steffi Lemke lautet: Wir haben ein Problem mit der Mobilfunkstrahlung, daher brauchen wir eine engagierte Vorsorgepolitik! Die neuen Reviews zeigen, dass die Bundesregierung zum Schutz der Gesundheit dafür sorgen muss, die Strahlenbelastung der Bürgerinnen und Bürger massiv zu senken. Zuletzt hatte eine Studie für den Ausschuss des EU-Parlaments für Wissenschaft und Technikfolgenabschätzung STOA das krebserregende Potenzial der Mobilfunkstrahlung beschrieben – und daher vor dem weiteren Ausbau des Mobilfunks gewarnt. Was von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf EU-Ebene angemahnt wird, gilt auch für die deutsche Politik: Reduzieren Sie die Strahlenbelastung, Frau Ministerin Lemke!“

Für die beiden Reviews zur Beeinträchtigung der männlichen Fruchtbarkeit wurden 19 bzw. 39 Studien ausgewertet, darunter Human- und Tierstudien, in vivo und in vitro. Der eine Review kommt zu dem Schluss, dass Hochfrequenzstrahlung, also z. B. WLAN- und Mobilfunkstrahlung, die männlichen Fortpflanzungshormone, insbesondere den Testosteronspiegel, beeinflussen kann. Der zweite Review bewertet Mobilfunkstrahlung als einen Hauptrisikofaktor für verminderte Spermienqualität. Unter verminderter Qualität verstehen die Forscher verminderte Fähigkeit zur Fortbewegung der Samenzellen und verminderte

Spermienkonzentration.

Die vier Reviews zum biologischen Wirkmechanismus von Mobilfunkstrahlung zeigen, dass der niederfrequente Puls- und Modulationsanteil in hochfrequenter Strahlung zu biochemischen Effekten in Zellen führt: Spannungsgesteuerte Ionenkanäle in den Zellwänden (u. a. für Kalzium, Natrium, Kalium) werden durch das gepulste und modulierte Mobilfunksignal dazu gebracht, dass in die Zellen vermehrt Kalzium, Natrium oder Kalium einströmt und dort über mehrere Reaktionsketten Sauerstoffradikale entstehen: Die Zellen stehen folglich unter oxidativem Stress, der sie schädigt, bis hin zu Strangbrüchen an der Erbsubstanz DNA. Zelltod oder Krebs können die Folge sein.

ElektrosmogReport 4/2021 mit Links zu allen Reviews und Einzelstudien: [www.diagnose-funk.org/1778](http://www.diagnose-funk.org/1778)



Karl Hecht im Interview mit Peter Ludwig, Kompetenzinitiative

# „Wir müssen das Wahre immer wiederholen“

Der renommierte Arzt und Forscher Prof. Karl Hecht suchte im vergangenen Jahr den brieflichen Dialog mit dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Karl Hecht, 98 Jahre alt, ist ein Zeitzeuge der Debatte der letzten 60 Jahre um die Risiken der nichtionisierenden Strahlung. Er forschte für die damalige Sowjetunion für deren Raumfahrtprogramme, insbesondere zur Gesundheit der Kosmonauten, und war Teilnehmer an internationalen Symposien. Die Kompetenzinitiative nahm die Korrespondenz mit dem BfS zum Anlass, mit ihm über zentrale Themen der aktuellen 5G -/Mobilfunk-Diskussion zu sprechen. Wir drucken hier Auszüge aus dem Interview, in voller Länge steht es auf unserer Homepage. Karl Hechts Schriftwechsel mit dem BfS ist auf der Homepage der Kompetenzinitiative dokumentiert.



Karl Hecht

**PETER LUDWIG: Karl, deine jüngste Korrespondenz mit dem Bundesamt für Strahlenschutz sieht nach einem missglückten Dialog aus. Wie geht es dir damit?**

**KARL HECHT:** Der wissenschaftliche Dialog, auch als wissenschaftlicher Meinungsstreit bezeichnet, ist ein Grundprinzip der soliden wissenschaftlichen Tätigkeit. Er ist in den Lebenswissenschaften, wo es um die Gesundheit und das Leben von Menschen geht, eine unbedingte Notwendigkeit. Im wissenschaftlichen Dialog können Irrtümer aufgedeckt, Dogmen überwunden und vor allem neue Erkenntnisse gewonnen werden, die der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschheit dienlich sind.

Wenn das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) meinen angebotenen wissenschaftlichen Dialog abgelehnt hat, so ist das ein Ausdruck des „Nichtwollens“ wissenschaftlich zu arbeiten und auch nicht im Interesse des Strahlenschutzes für die Bevölkerung wirksam zu werden. Ich werde weiter an diesem Problem dranbleiben. Dabei ist mir ein von Eckermann überliefertes Wort unseres berühmten Dichters Johann Wolfgang von Goethe in Erinnerung:

„Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von Einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum obenauf, und es ist

ihm wohl und behaglich, im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.“

Wir müssen das Wahre immer wiederholen, damit die Menschheit nicht den Lügen glaubt, weil sie täglich den Irrtum hören, dass elektromagnetische Funkwellenstrahlen aller technischen Systeme keine gesundheitlichen Schäden auslösen und für alle Menschen, auch für Kinder, unbedenklich sind.

Leider glauben auch viele Ärzte an diesen Irrtum und verwehren elektrohypersensiblen Menschen die notwendige Hilfe und überweisen sie in die Psychiatrie als Nocebo-Patienten. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass mein Briefwechsel mit dem BfS und mein Angebot zu einem wissenschaftlichen Dialog veröffentlicht wird. Damit entsprechen wir der Forderung unseres berühmten Dichters Johann Wolfgang von Goethe: Wir müssen die Wahrheit immer wiederholen.

**PETER LUDWIG: Die unterschiedlichen Positionen zwischen der unabhängigen Forschung und der gegenwärtigen Mobilfunk-Politik sind erneut sehr deutlich geworden. Wo liegen aus deiner Sicht die Knackpunkte?**

**KARL HECHT:** Zur soliden wissenschaftlichen Sorgfaltspflicht gehört, alle zur Verfügung stehende Literatur heranzuziehen und alle Forschungsergebnisse zu berücksichtigen. Das BfS selektiert nur eine geringe Auswahl an Studien und ignoriert vorliegendes Wissen und behauptet, eine gesundheitsschädigende Wirkung der elektromagnetischen Funkwellen sei nicht bewiesen. Diese falsche Behauptung resultiert aus einer nur einseitig anerkannten Wirkungsweise der nichtioni-



Broschüre  
im Shop von  
diagnose:  
funk

Karl Hecht hat sein  
ärztliches Wissen in  
zahlreichen Büchern nie-  
derschrieben, die im  
[www.spurbuchverlag.de](http://www.spurbuchverlag.de)  
bestellbar sind.

sierenden Strahlung, nämlich der thermischen, und Ablehnung einer Wirkungsweise, von athermischen Effekten der nichtionisierenden Strahlung. Das BfS behauptet, dass die nichtionisierende Strahlung nur thermische Effekte auslöse und hat den Grenzwert nur auf diese partielle Wirkung festgelegt. Seit 1932, als Dr. Erwin Schliephake die Funkwellenkrankheit beschrieb, ist bekannt, dass es auch eine athermische Wirkung gibt, die vor allem das Gehirn betrifft. Seit 1932 gibt es aber tausende von Studien, die den athermischen Effekt beweisen und somit die gesundheitsschädigende Wirkung der elektromagnetischen Funkwellenstrahlung aller Art.

**Konferenzen in den USA: nicht-thermische Wirkungen bestätigt**

KARL HECHT: Das möchte ich an zwei Beispielen demonstrieren. Wir, Hecht und Balzer (1997), führten 1996/1997 im Auftrag des Bundesamtes für Telekommunikation (später Regulierungsbehörde, heute Bundesnetzagentur) eine Recherche der russischsprachigen Literatur aus dem Zeitraum von 1960-1997 durch (Auftragsnr. 4231/630402 vom 14.11.1996). Thema: „Biologische Wirkungen elektromagnetischer Felder im Frequenzbereich 0-3 GHz auf den Menschen“. Von über 1.500 gesichteten wissenschaftlichen Arbeiten wurden 878 von uns in einem ca. 120-seitigen Recherchebericht ausgewertet. Berücksichtigt wurden dabei vor allem Ergebnisse einer jahrelangen Langzeiteinwirkung von EMF-Strahlungen auf den Menschen unter arbeitsmedizinischen und -hygienischen Aspekten. Dieser Recherchebericht verschwand nach der Übergabe sofort im Archiv der damaligen Regulierungsbehörde. Er wurde auch nicht, wie zuvor in Aussicht gestellt, dem Bundesministerium für Umwelt zugeleitet. Der Grenzwert in der ehemaligen Sowjetunion und im heutigen Russland ist um drei Zehnerpotenzen (also um das Tausendfache) niedriger als in Europa und ist auf die Grundlage des athermischen Effekts der nichtionisierenden Strahlung festgelegt. Er war aber auch nicht griffig genug, wenn Langzeitwirkungen über mehr als sechs Jahre untersucht wurden.

In den USA wurden von 1957 bis 1976 elf (USA offene) Konferenzen zur biologischen und gesundheitsschädigenden Wirkung nichtionisierender elektromagnetischer Strahlung durchgeführt und ein heftiger wissenschaftlicher Meinungsstreit zwischen den Vertretern der athermischen und thermischen Wirkungen geführt (siehe Briefwechsel). Bereits auf der vierten derartigen Konferenz 1969 in Richmond gewannen die Vertreter der athermischen Effekte aufgrund von hunderten von Studien und Tierexperimenten die wissenschaftliche Vorherrschaft. Auf diesen Konferenzen legte besonders Dr. Allan Frey Ergebnisse vor, die später weltweit bestätigt wurden. Zum Beispiel die Intensitätsumkehr der Wirkungsweise von EMF-Strahlung. Dazu Dr. Allan Frey:

„Elektromagnetische Felder sind für Lebewesen keine Fremdstanz wie Blei oder Zyanid. Bei Fremdstoffen ist die Wirkung umso größer, je höher die Dosis ist – eine Dosis-Wirkungs-Beziehung. Vielmehr sind Lebewesen elektrochemische Systeme, die niederfrequente EMF in allen Bereichen von der Proteinfaltung über die zelluläre Kommunikation bis hin zur Funktion des Nervensystems nutzen.“

Die umgekehrte Dosis-Wirkungs-Beziehung des Einflusses auf die elektrophysiologischen Prozesse eines lebenden Körpers, besonders auf die des Gehirns gegenüber chemischen Stoffen, die in den lebenden Körper gelangen, stellt das jetzige Prinzip der Grenzwertbestimmung für elektromagnetische Funkwellenstrahlung in Frage. Es wurde nachgewiesen: je schwächer die Feldstärke, desto stärker die Wirkung auf die Funktion des ZNS (Gehirns).

Dr. Allan H. Frey hatte sich in den Jahren zuvor mit der Wirkung von hochfrequenten Mikrowellen befasst und im Tierexperiment unter anderem festgestellt, dass Mikrowellenimpulse mit einer Intensivität von 0,03 mW/cm<sup>2</sup> das Gehirn, insbesondere die Zentren des vegetativen Nervensystems, sehr stark beeinflussen. Dr. Allan Frey hat auch das Radarhören und EMF-hören beschrieben, das heißt die akustischen Eigenschaften von elektromagnetischen Funkwellenstrahlungen. (In

letzter Zeit bekam ich Anfragen, dass in Deutschland einzelne Personen, aber auch Dörfer von sonderbaren Tönen ununterbrochen belastet werden. Ich habe diesen vom Frey-Phänomen berichtet und empfohlen zu prüfen, ob das mit 5G zusammenhängen kann.)

### Militärforschung belegt Schädigungen

KARL HECHT: Der Augenarzt Milton Zaret, der Verträge mit der US-Army, der Navy und der Air Force sowie mit der Central Intelligence Agency hatte, entdeckte in den 1960er Jahren, dass schwache Mikrowellenstrahlung Katarakte verursacht. Im Jahr 1973 sagte er vor dem Handelsausschuss des US-Senats aus. „Es besteht eine eindeutige, gegenwärtige und ständig wachsende Gefahr für die gesamte Bevölkerung“ sagte er den Senatoren. Zaret berichtete dem Ausschuss von Patienten, die nicht nur an Katarakten litten, die durch die Exposition gegenüber Mikrowellen verursacht wurden, sondern auch an bösartigen Tumoren, Herz-Kreislaufkrankungen, hormonellen Störungen, Arthritis und psychischen Erkrankungen sowie an neurologischen Problemen. Derartige Symptome wurden auch bei Kindern beobachtet, die von elektromagnetisch belasteten Eltern gezeugt wurden. (Derartige Befunde sind auch von Kindern radarstrahlengeschädigter Bundeswehrangehöriger erhoben worden.) Die Patienten reichten von Militärangehörigen, die dem Radar ausgesetzt waren, bis hin zu Hausfrauen, die ihren Mikrowellenherden ausgesetzt waren.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in den USA seit 1957 tausende von wissenschaftlichen Arbeiten erschienen sind, die die große Gefahr der athermischen Wirkung von elektromagnetischen Feldern für die Gesundheit und das Leben der Menschheit überzeugend bewiesen haben.

Das wurde auch in dem 1971 herausgegeben Report verdeutlicht. Er trug den Titel „Ein Programm zur Kontrolle der elektromagnetischen Umweltverschmutzung“. Erstellt hatten ihn Experten, die 1968 vom Präsidialbüro für Funk und Fernmeldewesen der USA (OTP Office of Telecommunications Police) berufen wurden. Ihr Report zeigt in einem bisher kaum bekannten Maße die Umweltgefährdung durch die wachsende Verbreitung der Mikrowellen in der technischen Kommunikation und in der Industrie auf.

Der Knackpunkt des BfS liegt in der Ablehnung der athermischen Wirkung nichtionisierender Funkwellenstrahlung und in der Ignorierung des in den tausenden von wissenschaftlichen Arbeiten gesicherten Wissens, die in den USA nach diesen Konferenzen von

1957-1974 und in der ehemaligen Sowjetunion erschienen sind. Das bedeutet, dass bereits Mitte des vergangenen Jahrhunderts kein Zweifel mehr bestand, dass elektromagnetische Funkwellenstrahlungen mit einem athermischen Effekt sehr schwacher Intensität gesundheitliche Schäden großen Ausmaßes in Form von Multimorbidität verursachen können; besonders bei langzeitiger Einwirkung. Die Behörden hatten aber kein Interesse an dieser wissenschaftlichen Klarheit. Deshalb wird sie hartnäckig, dogmatisch bestritten; so auch vom BfS.

### PETER LUDWIG: Welche Wünsche hast du an unsere Gesellschaft?

KARL HECHT:

1. An die Bevölkerung: Mit klarem Denken Wahrheit und Nicht-Wahrheit zu unterscheiden.
2. An die Regierung, Behörden, Gerichte: Gewährleistung der persönlichen Freiheit, des freien wissenschaftlichen Dialogs, Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel die Elektrohypersensiblen, zu verhindern.
3. Anerkennung der gesundheitsschädigenden Wirkung elektromagnetischer Funkwellenstrahlung mit Verbot von 5G und WLAN, besonders für Kinder.
4. Sofortige Beendigung des Digitalisierungswahns und Verhinderung des Posthumanismus.
5. Die Menschen zur Naturverbundenheit zurückzuführen und von der technologischen Entwicklung abzuhalten.

Das ganze Interview auf:  
[www.diagnose-funk.org/1791](http://www.diagnose-funk.org/1791)

Karl Hecht, Dr. med., Dr. med. habil., Professor für Neurophysiologie und emeritierter Professor für experimentelle und klinische pathologische Physiologie der Humboldt-Universität (Charité) zu Berlin. Mitglied der Internationalen Akademie der Wissenschaften Health and Ecology, Innsbruck; Mitglied der Internationalen Akademie für Astronautik (Paris); Ausländisches Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften (Moskau); Mitglied und Mitbegründer der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e. V.; Ehrenmitglied der Physiologischen Gesellschaft Kuba, Havanna; Ehrenmitglied der Tschechischen Medizinischen Gesellschaft „Purkinje“, Prag; Präsidiumsmitglied der „World Organization for Scientific Cooperation“ (WOSCO); Ehrenpräsident der „International Committee GEOCHANGE on Global Geological and Environmental Change“.

Übersetzung unseres Medienratgebers in mehr als 20 Sprachen

# Medienratgeber: Die Erfolgsgeschichte geht weiter – in Japan

Nun ist unser Medienratgeber auch in Japan erschienen und wurde in einer großen japanischen Zeitung als eine der drei wichtigsten Neuerscheinungen in 2021 empfohlen. Dass der Ratgeber in nun mehr als 20 Sprachen übersetzt wurde, zeigt, dass weltweit Eltern und LehrerInnen nach Lösungen suchen, wie und ob Kinder und Jugendliche mit Smartphones, Tablets und Internet umgehen sollen.

Mit dem Medienratgeber, der zusammenfassenden Broschüre, dem Film „Aufwach(s)en im Umgang mit digitalen Medien“ für Elternbande, der jetzt in der Kurzfassung in sieben Sprachen auch auf unserem YouTube-Kanal steht und der Internetseite [www.diagnose-media.org](http://www.diagnose-media.org) stellt diagnose:funk für diese wichtige Erziehungsaufgabe umfassende Informationen zur Verfügung.

In zwei WEBINAREN wurden von den Medienpädagogen Ingo Leipner (Webinar Nr.8) und Uwe Buermann (Webinar Nr.13) Vorträge zu Kinder und digitalen Medien und zur digitalen Bildung gehalten. Sie können auf dem diagnose:funk Youtube-Kanal angesehen werden.

## Gesund aufwachsen in der digitalen Medienwelt

*Eine Orientierungshilfe für Eltern und alle, die Kinder und Jugendliche begleiten*

Ein Buch, das Eltern, Großeltern, ErzieherInnen und LehrerInnen helfen wird, einen Weg zu finden, wie sie mit den digitalen Medien in der Erziehung ihrer Kinder umgehen können. Der Medienratgeber wurde bereits in 20 Sprachen übersetzt.

Jetzt unter [www.shop.diagnose-funk.org](http://www.shop.diagnose-funk.org) bestellen:

Bestell-Nr.: 111 | Hrsg.: diagnose:media  
17 x 24 cm | 156 Seiten | 4. deutsche Auflage August 2020 |  
14,90 €



## Aufwach(s)en im Umgang mit digitalen Medien

*Ein Film für alle, die Kinder und Jugendliche pädagogisch begleiten!*

Diagnose:funk will Eltern und ErzieherInnen mit diesem Film darin unterstützen, die Entwicklung ihrer Kinder unter dem Einfluss digitaler Medien bestmöglich zu verstehen.

Jetzt unter [www.shop.diagnose-funk.org](http://www.shop.diagnose-funk.org) bestellen:

Bestell-Nr.: 954 | Hrsg.: diagnose:funk  
DVD | 40 Min Film + Bonustracks | 14,60 €



**Ratgeber in Japanisch und in  
Brasilianisch – Ihre Spenden  
machen weltweite Aufklärung  
möglich! Danke!**

Wir empfehlen drei Bücher, die neuen Analysen von diagnose:funk-Veröffentlichungen zugrunde liegen und Hintergründe des gegenwärtigen Zustandes unserer Gesellschaft beleuchten. Welche Rolle spielt die Informationsüberflutung durch das Internet beim gegenwärtigen Meinungskampf? Erstaunliche Informationen, die der Autor Silberstein liefert.

Immer wieder schreiben uns aktive Menschen: Warum erreichen die Bürgerinitiativen so wenig in der Landes- und Bundespolitik? Als Antwort auf diese Frage erarbeiteten wir den neuen Brennpunkt zum Lobbyismus. Für die Erarbeitung des Brennpunktes waren die Bücher von Marco Bülow und Michael Haas über ihre Parlamentserfahrungen wertvoll. Kennt man politische Abläufe, so kann man besser entscheiden, wohin der Protest sich entwickeln muss.

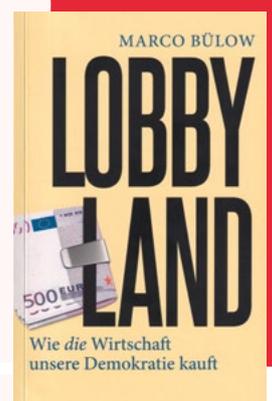
**Schlecky Silberstein: Das Internet muss weg. Eine Abrechnung, 2018**

Ein erhellendes Buch. Ausgerechnet Schlecky Silberstein, Kultakteur in der Netzgemeinde, propagiert: »Das Internet muss weg.« Der Blogger und Online Comedian kennt das Netz wie seine Westentasche. Und gerade deshalb warnt er davor. Je grotesker eine Meldung, desto mehr wird sie geklickt und bringt dem Urheber Geld. Desinformation wurde zum Geschäftsmodell. Dank Fake News, Filterblasen und Social Bots erlangen Konzerne, Agenturen, politische Entscheidungsträger und Kriminelle zunehmend Kontrolle über weite Teile der Menschheit. Schlecky Silberstein analysiert den »Daten-Kasino-Kapitalismus«, in dem unsere Daten als Handelsware gezielt eingesetzt werden, um unser Verhalten vorherzusagen und zu beeinflussen. Können wir einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet lernen oder hilft nur noch die sofortige Abschaltung?



**Marco Bülow: Lobbyland. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie kauft, 2021**

18 Jahre lang war Marco Bülow SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Er hat sein Mandat niedergelegt. Sein Fazit: Die Bevölkerung ist in unserer heutigen Form der Demokratie ein Akteur ohne besonders großen Einfluss. Lobbykontakte und elitäre Netzwerke sind entscheidend. Wer als Abgeordneter nicht durchwinkt, was von Regierung und Fraktionsspitze verlangt wird, kommt unter Druck. Beeindruckend Bülows Berichte aus der Berliner Praxis. Bülow plädiert für eine Änderung der Spielregeln! Wir brauchen mehr Basis, mehr außerparlamentarische Bewegungen, brauchen Volksvertreter, die nicht korrumpiert sind.



**Michael Haas: Kritische Masse. Ein Parlamentsroman, 2021**

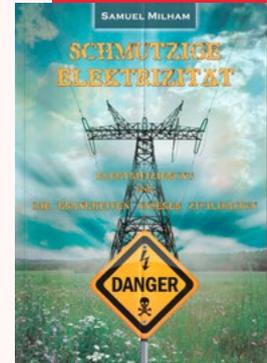
Ein Parlamentsroman, eine sarkastische Realsatire, geschrieben vom ehemaligen Pressesprecher der FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. David Davidson, der tragikomische Held des Romans, ist von sich selbst überrascht, als er im Sternheimer Landtag - dem Parlament im Mercedes Land - strandet. Was er dort als Pressesprecher sieht und erlebt, beraubt ihn seiner Illusionen. Er fühlt sich wie in einer geschlossenen Anstalt von manischen Profilineurotikern. Egozentrik, kaltes Kalkül und ein blindes Streben nach Macht beherrschen das Leben der Parlamentarier. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger? Mittel zum Zweck, eine lästige Bagatelle. Mag auch manches im Roman kabarettistisch überzeichnet sein, wer die FDP, die nun im Bund mitregiert, verstehen will, sollte dieses Buch lesen.



**Zwei Bücher für mehr Gesundheit: Stress durch Strom und Strahlung, und eine Anti-Stress Therapie**

**Samuel Milham: Schmutzige Elektrizität. Die Gesundheitsrisiken der globalen Elektrifizierung, 2012**

Als Thomas Edison gegen Ende des 19. Jahrhunderts New York City als erste Stadt der Welt mit einem Elektrizitätsnetz ausstattete, gab er der Menschheit den Segen des elektrischen Lichts, elektrischer Heizung und beliebig verfügbarem Strom. Jedoch öffnete Edison damit unwissentlich auch die Büchse der Pandora. „Schmutzige Elektrizität“ erzählt die Geschichte von Dr. Samuel Milham, dem Wissenschaftler, der die Welt vor der Verbindung zwischen elektrischen Feldern und menschlichen Erkrankungen warnte. Milham führt seine Leser durch die frühen Jahre seiner Ausbildung und Forschungen. Viele chronische Erkrankungen werden durch elektromagnetische Felder verursacht – einschließlich Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes. Dr. Milham warnt uns, dass die rasante Verbreitung der Mobilfunkstrahlung vielfältige Erkrankungen auslösen wird. Doch in seinem Buch erklärt er auch einfache Schritte, die wir sowohl persönlich als auch gesellschaftlich, unternehmen können, um diese nützliche und gleichzeitig gefährliche Technologie zu unserem Vorteil einzusetzen.



**Gerd Schnack und Birgit Schnack-Iorio: Die Vagus-Meditation. Der Entspannungsnerv: Wie Sie ihn aktivieren und damit Stress reduzieren, 2021**

Stress ist in unserem Leben fast zur Normalität geworden. Dabei kann es so einfach sein, im stressigen Alltag kurze Ruhepausen einzulegen und den Stress-Level deutlich zu reduzieren: Mit Hilfe der neurophysiologisch begründeten Vagus-Meditation. Der Vagus-Nerv ist unser längster Hirnnerv und bestens vernetzt mit allen Organen und Vitalfunktionen, die im Körper für Ruhe sorgen. Deshalb heißt er auch Ruhenerve. Ihn mit Meditation gezielt zu aktivieren, gilt als neue und erstaunlich effektive Methode, um rasch in eine ungeahnte Tiefenentspannung zu kommen. Der bekannte Facharzt Prof. Dr. Schnack und seine Tochter, die Sozialwissenschaftlerin Birgit Schnack-Iorio, die bei diagnose:funk Mitglied ist, stellen hier die neuesten Erkenntnisse der Hirnforschung vor und erklären die Vagus-Meditation mit vielen praktischen Übungen, die Konzentration und Kreativität steigern, aber auch den Blutdruck senken, die Verdauung verbessern und für gesünderen Schlaf sorgen. Mehr Informationen auch über Kurse bei den Autoren auf: [www.vagus-management.de](http://www.vagus-management.de).



**Schauen Sie sich auch unseren diagnose:funk YouTube-Kanal an... aber bitte verkabelt :)**

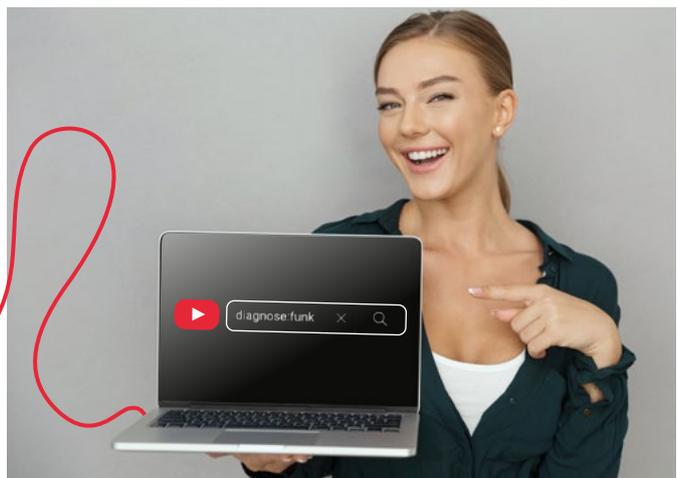


Foto: Drobot/Dean - stock.adobe.com

diagnose:**funk**

Technik sinnvoll nutzen

# Strahlende Aussicht?

**Stay connected but protected:**  
Seit März gibt es eine  
europaweite Bürgerinitiative mit  
Unterschriftensammlung unter  
dem Namen **STOP (((5G)))**

**Jetzt  
mitmachen**  
-----  
[signstop5g.eu/de](https://signstop5g.eu/de)

diagnose:funk setzt sich für Umwelt und  
Verbraucher zum Schutz vor elektromag-  
netischer Strahlung ein. Fördern Sie mit uns  
Bürgerinitiativen und Aufklärung.

Spendenkonto

Diagnose-Funk e.V.

IBAN: DE39 4306 0967 7027 7638 00

GLS Bank

BIC: GENODEM1GLS